

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 4,50 Mk., monatlich 1,50 Mk.
 (Incl. Post und Verpackung). Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Russisch
 1,50 Mk. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 3.— Mk. für das übrige Ausland
 4,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1,80 Mk.
 Postbestellungen nehmen an Däne-
 mark, Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz. Ungetragene in die
 Post-Verpackung.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Ber:in“.

Anzeigenpreis:
 Die Nebengrubenkolonnenzeile kostet
 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das
 festgesetzte Wort 30 Pf. (täglich
 2 festgesetzte Worte), jedes weitere
 Wort 15 Pf. Streifenzeile und
 Schlußzeile anzeigen das erste Wort
 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Leerverweise 20 Pf.,
 Familienanzeigen, politische und
 gewerkschaftliche Berichte 30 Pf.,
 60 Pf. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 3 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 S.W. 68, Lindenstraße 3, ankommen
 werden. Gedruckt von 4 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. **Mittwoch, den 15. Mai 1918.** Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Alle Wahlrechtsanträge abgelehnt!

Das Abgeordnetenhaus lehnte gestern in namentlicher Abstimmung mit 236 gegen 185 Stimmen die Wiederherstellung des gleichen Wahlrechts nach der Regierungsvorlage ab. Darauf wurde der Antrag Lohmann mit 336 gegen 73 gleichfalls abgelehnt. Der Ausschussbeschluss verfiel ebenfalls mit 220 gegen 191 Stimmen der Ablehnung. Ein Beschluß über die künftige Gestalt des Wahlrechts ist also überhaupt nicht zustande gekommen! Daraufhin gab

Vizepräsident des Staatsministeriums
Dr. Friedberg
 namens der Regierung folgende Erklärung ab:

Die Staatsregierung hält nach wie vor an dem gleichen Wahlrecht unverrückbar fest und ist entschlossen, zu seiner Durchführung alle verfassungsmäßigen Mittel in Anwendung zu bringen. (Lebhafte Beifall links und im Zentrum.) Sie ist jedoch ebenso der Auffassung, daß das Herrenhaus als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung zu dieser für unser ganzes Staats- und Verfassungsleben grundlegenden Frage Stellung nehmen muß, zumal auch die Neuordnung des Herrenhauses selbst einen wesentlichen Teil des geplanten Reformwerkes bildet.

Demgemäß wird auch das Herrenhaus mit der Vorlage befaßt werden. Sollte dieses dem geordneten Gange der Gesetzgebung entsprechende Verfahren, entgegen der Erwartung der Staatsregierung, innerhalb gemessener Frist nicht zur endgültigen Annahme des gleichen Wahlrechts führen, so wird

Die Auflösung des Hauses
 zu dem ersten Zeitpunkt erfolgen, zu dem dies nach pflichtmäßigem Ermessen der Staatsregierung mit der Kriegslage verträglich ist. (Lebhafte Beifall links und im Zentrum.)

Hätte der Beschluß oder Nichtbeschluß des hohen Hauses einen Sinn, so würde er bedeuten, daß überhaupt keine Veränderung eintreten soll und daß es beim Dreiklassenwahlrecht sein Bewenden hat. Das wäre natürlich der Mehrheit die bei weitem angenehmste Lösung.

Da aber das Dreiklassenwahlrecht nicht bleiben kann, so ist der Beschluß überhaupt sinnlos, sinnvoll nur als öffentliche Erklärung der gesetzgeberischen Impotenz. Mit dem Besen müßte man diese Gesellschaft nach Hause jagen!

Wäre da Herr Friedberg aufgesprungen, um diese notwendige Exekution schleunigst zu vollziehen, drei Viertel oder neun Zehntel des deutschen Volkes hätten aufgebuhelt. Aber ach, auf dem Weg zur frischen Tat liegt für das königlich preussische Staatsministerium das „pflichtmäßige Ermessen...“ Darum wird fortgerufen!

Statt an das Volk appelliert die Regierung — an das preussische Herrenhaus! Es läßt sich schwer sagen, mit welchem Maß von Vertrauen die großen Massen den Fortgang dieser Prozedur verfolgen, das preussische Herrenhaus ist ihnen ja seit je als Hort der Freiheit und des Fortschritts bekannt. Die werden es schon schaffen!

Wenn es aber auch dort nichts wird, dann — was dann? Dann wird die Regierung auflösen — sofort? Nein? Sobald dies nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen mit der Kriegslage verträglich ist!

Aber ist denn das, was wir jetzt erleben und was uns noch droht, mit der Kriegslage verträglich? Man will des Volksseele Aufregungen fernhalten, sie ins Krankenzimmer sperren, in das kein rauher Laut dringt, schafft ihr aber durch dieses Verfahren immer nur neue Aufregungen. Auflösung wäre jetzt Erlösung. Fortsetzung des Spiels, das im preussischen Landtag getrieben wird, heißt Fortsetzung des Bruders, der Spannung, Vertiefung des allgemeinen Mißbehagens bis zu einem noch unerreichten und unbekanntem Punkt. Das soll mit der Kriegslage verträglich sein? Und die Auflösung nicht?

Es ist klar, daß die Regierung auf ein Kompromiß zu steuert. Sie hat vor den angeblichen Gefahren der Neuwahlen, die sich jetzt noch ruhig abspielen würden wie in der Kirche, eine unbeschreibliche Angst. Sie ist geneigt, um die Auflösung zu vermeiden, „wer weiß was für Jugendsünden“ zu machen. Alle Sicherungen, durch die statt der Wähler die Gewählten rechtslos gemacht, mit Zweidrittelmehrheit-Klauseln gebunden und geknebelt werden sollen, sind ihr recht. Und schon hat, am Montag, Herr Friedberg die Entdeckung gemacht, daß auch die Mehrheitsstimmen für das Alter mit dem Prinzip des gleichen Wahlrechts vereinbar sind. Was kann da alles noch kommen?

Frage ist nur, ob die Rechte bei der vierten Lesung oder im Herrenhaus das Geschäft macht, zu dem ihr die Verständigungsgeheimräte zurechen wie einem kranken Pferde. Sie sagen ihr, hier sei für sie die unwiderstehliche letzte Gelegenheit gegeben, ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen. Wenn ein Teil der Rechten schließlich doch für ein gleiches Wahlrecht stimmt, das keines mehr ist, so tut er es nur aus Gah gegen das wirkliche, unverfälschte gleiche Recht, aus Furcht vor einer

Bergebliche englische Angriffe bei Givenchy — Deutscher Vorstoß zwischen Somme und Amere.

Berlin, 14. Mai 1918, abends. Amtlich.
Erfolgreicher örtlicher Vorstoß in die englischen Linien auf dem Nordufer der Somme an der Straße Bray—Corbie. Festige Gegenangriffe des Feindes scheiterten. Sonst nichts Neues.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 14. Mai 1918. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
 An den Kampfzonen ließ die in den frühen Morgenstunden gesteigerte Feuerintensität im Laufe des Vormittags nach. Am Abend lebte sie wieder vielfach auf. Nach heftiger Feuerwirkung nördlich vom La-Bassee-Kanal versuchten die Engländer am Abend starke Zellangriffe gegen unsere Stellungen nördlich und südlich von Givenchy. Sie wurden verlustreich zurückgeschlagen.

Die Erkundungstätigkeit blieb rege.
 Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
 Der Erste Generalquartiermeister.
 Ludendorff.

Der österreichische Bericht.
 Wien, 14. Mai 1918. Amtlich wird verkündet:
 Die Gesechtstätigkeit an der italienischen Gebirgsfront gleicht der der letzten Tage.
 Der Chef des Generalstabes.

tiefer greifenden Demokratisierung, aus schlauer Berechnung, daß hier die letzte Gelegenheit gegeben sei, den Volkswünschen einen Strich zu drehen.

Die Katastrophe dieser Verständigung buchen den gestrigen Tag als einen Gewinn. Denn erstens ist die Mehrheit, die sich an das Kompromiß des Vorjuli klammerte, zertrümmert, durch den Abfall der Rechtsliberalen zur Minderheit gemacht. Zweitens sind für die Brücke, die ans rechte Ufer führt, schon einige Pfeiler eingerammt durch die halbe Zustimmung der Regierung zum Mehrstimmenrecht des Alters, durch die Annahme des Zentrumsantrags auf Verewigung der Wahlkreiseinteilung, durch Annahme des weiteren Zentrumsantrags, künftige Verfassungsänderungen von Zweidrittel-Mehrheitsbeschlüssen abhängig zu machen. Jetzt handelt es sich nur noch darum, alle möglichen Geseze für Bestandteile der Verfassung zu erklären, dann sind die „Sicherungen“ fertig.

Rag also die Regierung ihr Glück versuchen, nur darüber soll sie sich nicht täuschen, daß der erhoffte moralische Gewinn für sie auf diesem Wege bis auf den letzten Rest zum Teufel geht. Wird die Wahlrechtsvorlage verflümmelt, nun wohl, das Volk wird auch mit diesem zerbrochenen Schwert kämpfen, es wird das aber in ganz anderem Geiste und in ganz anderer Stimmung tun, als wenn gegebene Versprechungen loyal erfüllt worden wären. Es wird eine preussische Verfassung, der in jedem Zug die Kennzeichen eines gequälten Schachergeschäfts anhaften, nicht als ein Geschenk von oben betrachten, sondern als eine Abzugszahlung, die einem zähen Schuldner mit Hängen und Würgen entrisen worden ist, und weit davon entfernt, sich über das Erreichte zu freuen, wird es an dem Fehlenden den harten Geiz eines Gegners erkennen, gegen den der letzte Kampf noch lange nicht ausgefochten ist.

Ganz vertieft in die Kniffe und Bißse des parlamentarischen Kullissenspiels, scheint die Regierung den letzten Zusammenhang mit den Empfindungen der breiten Massen verlieren zu sollen. Die haben für die Vorgänge in der Prinz-Albrecht-Straße längst kein Verständnis mehr, sie blicken mit Mißtrauen und Entrüstung auf das unwürdige Spiel, das dort mit Volksrechten gespielt wird, sie wünschen, daß endlich, endlich einmal reiner Tisch gemacht wird.

Die Regierung freilich denkt ganz anders. Im Hinblick der breiten Mäße, die die dritte Lesung ihrer Wahlrechtsvorlage geschlagen hat, erinnert sie sich vielleicht des alten Scherzworts: „Wie macht man eine Kanone?“ „Man nimmt ein Loch und gießt Metall herum!“ Das „Vakuum“ schafft freien Raum für das Stückwerk und Flickwerk eines mühsam erkünstelten Kompromisses.

Wir haben vor der Erfahrung der regierenden Herren in parlamentarischen Kuhhändeln alle mögliche Hochachtung, denken aber an das Wort Lassalles, daß es vergeblich ist, in großen Dingen schlau zu sein. Die Verachtung des Volkes

wird diese struppellose Parlamentsmehrheit begraben, aber die Regierung wird sich kein Vertrauen gewinnen, die mit dieser Mehrheit immer wieder zu paktieren versucht, die statt zu handeln verhandelt und über pflichtmäßigen Erwägungen nicht zu pflichtmäßigen Entschlüssen kommt, wenigstens nicht zu dem Entschluß, der längst nottut.

Während das hohe Haus der Abgeordneten nach soviel leerem Theater zur nüchternen Tagesordnung der Geschäfte, Punkt Geschäftsordnung, übergeht, bleibt die Frage eines freien Preußen der Zukunft auf der Tagesordnung des Volkes, um nie wieder von ihr zu verschwinden. Kommt es dennoch zur Auflösung: wir sind bereit! Kommt es zu einem Kompromiß, wir bleiben erst recht bereit! So oder so, es wird uns nichts geschenkt, alles müssen wir erst erkämpfen!

Die politische Konferenz im Hauptquartier.

Der österreichische Kaiser ist schon am Dienstag wieder in Wien eingetroffen, die Besprechung war also nur kurz, und der Bayernkönig scheint nur nachträglich dazu gekommen zu sein, um den Schaden zu beheben. W. Z. B. gibt einen Wiener Blätterkommentar wieder, aus dem man nicht viel klüger wird. Mitteleuropa und Völkerbundsgedanke werden dort in folgender Weise zusammengeknüpft: „Dieses Verteidigungsbündnis hat im Rahmen des Völkerbundes, wie ihn die Entente angeblich anstrebt, vollen Platz. Der Völkerbund will Schutz gegen künftige Kriege. Der Zweibund will nichts anderes, als sich gleichfalls gegen künftige Kriege schützen; sein Grundgedanke ist derselbe wie der des Völkerbundes. Es ist klar, daß bei der Erörterung der Bündniserneuerung auch eine Reihe von Fragen politischer, militärischer und wirtschaftlicher Natur, die im engeren Zusammenhang hiermit stehen, besprochen werden mußten.“

W. Z. B. gibt weiter eine Reihe mehr oder minder offiziöser deutsch-österreichischer und magyarischer Pressestimmen. Es sind immer dieselben Blätter, die zitiert werden, slawische Stimmen fehlen.

Die wirtschaftlichen Abkommen zwischen Deutschland und Rumänien.

Auf Grund des Artikels XXIX des Friedensvertrages zwischen Deutschland und Rumänien unter dem 7. d. Wis. ein besonderes Abkommen über die künftige Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen, des Eisenbahnverkehrs, des Post- und Telegraphenverkehrs sowie über eine Werftanlage in Giurgiu geschlossen worden.

Die vertragsschließenden Teile verpflichten sich, weder direkt noch indirekt an Maßnahmen teilzunehmen, die auf die Weiterführung der Feindseligkeiten auf wirtschaftlichem oder finanziellen Gebiete abzielen und innerhalb ihres Staatsgebietes solche Maßnahmen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern. Die während des Krieges festgesetzten Zollbefreiungen sollen noch länger aufrecht erhalten und weiter ausgedehnt, Bevorzugungen dritter Länder wieder aufgehoben oder auf den anderen Teil ausgedehnt werden, wobei jedoch keiner Anspruch erheben wird auf die Vergünstigungen, die an goldverbündete Länder gestattet werden. Die Anwerbung von ländlichen Arbeitern und Handarbeitern soll gestattet sein. Die Angehörigen des Deutschen Reiches, sowie Gesellschaften sollen bewegliches Vermögen jeder Art, sowie unbewegliches Vermögen in den ländlichen Städten erwerben, unbewegliches Vermögen in den ländlichen Gemeinden pachten dürfen und im Vertriebe von Handel, Gewerbe usw. keinen weiteren Beschränkungen oder Lasten unterworfen sein, als die am besten gestellte Klasse der Einheimischen. Die deutschen Beförderungsunternehmen sollen hinsichtlich des Auswanderungsgesetzes die gleichen Rechte genießen wie die Rumänien oder eines anderen Landes. Der Handels-, Zoll- und Schiffsverkehrsvertrag von 1893 soll wieder in Kraft treten und bis zum 31. Dezember 1930 in Geltung bleiben. Es werden ihm eine Anzahl neuer Artikel eingefügt.

Das Abkommen über die Eisenbahnfragen regelt die Zahlungsverpflichtungen aus der Zeit vor dem Kriege, die Rückgabe oder Ersetzung des Eisenbahnmateriells, das bei Ausbruch des Krieges auf dem Gebiete des anderen Teils sich befand, die Förderung des gegenseitigen Verkehrs auch durch Unterstützung der rumänischen Eisenbahnen beim Wiederaufbau ihres Betriebes, die Frachttarife für die Einfuhr und Durchfuhr deutscher Waren usw.

Mit Bezug auf das Post- und Telegraphenwesen ist vereinbart, daß Rumänien auf Grund des Artikels 21 des Weltpostvertrages mit Deutschland ein Sonderabkommen für den Postverkehr schließen wird, wonach Deutschland nicht ungünstiger gestellt wird, als ein an Rumänien nicht unmittelbar angrenzendes Land. Weitere Bestimmungen beziehen sich auf den Bau der dritten unmittelbaren Telegraphenleitung zwischen Berlin und Bukarest, auf die

Einrichtung des Fernsprechverkehrs zwischen Deutschland und Rumänien, des Funkpostverkehrs, auf die rumänische Teilsprende des Kabels Konstantinopel-Konstantinopel-Bukarest-Berlin, auf etwaige weitere Kabel nach Konstantinopel, und erteilen der deutschen Regierung das Alleinrecht, bis Ende 1950 an der rumänischen Küste Kabel landen zu lassen.

Für den Bau einer Werftanlage verpachtet die rumänische Regierung einer vom Deutschen Reich zu bezeichnenden Gesellschaft ein am Winterhafen von Giurgiu gelegenes Staatsgelände zunächst auf die Dauer von 40 Jahren vom Tage der Ratifikation des Friedensvertrages ab. Der rumänischen Regierung wird eine Kapitalbeteiligung von mindestens 30 Proz. zugesichert.

Südkaukasiens Unabhängigkeitserklärung.

Konstantinopel, 12. Mai. Die Agentur Milli meldet: Südkaukasien hat seine Unabhängigkeit erklärt. Seine Abgeordneten in Konstantinopel haben diesen Beschluß der Kaiserlichen Regierung bekanntgegeben und den verbündeten und neutralen Staaten telegraphisch mitgeteilt.

Es handelt sich bei dieser Unabhängigkeitserklärung vor allem um das von georgischer Bevölkerung bewohnte Gebiet, dessen Hauptstadt Tiflis ist. Die türkische Presse wies nach der Befreiung von Batum mit lebhaften Wünschen auf das nun eingetretene Ereignis hin, das für die Sicherung des von den Türken wiedergewonnenen armenischen Gebiets und dann vornehmlich für die feste Verbindung von Batum und Vanu, also von Schwarzem Meer und Kaspische, unbedingte politische und wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Damit ist aber auch seine Bedeutung für die werdenden mitteleuropäisch-mittelasiatischen Beziehungen gekennzeichnet.

Sinnland und Rußland.

Woffs Bureau teilt mit: Nach verschiedenen Presseberichten sollten Abteilungen der weißen finnischen Garde an mehreren Stellen die russisch-finnische Grenze überschritten haben und bis Schwedisch- und Fargelows vorgedrungen sein. Wir sind zu der Feststellung ermächtigt, daß diese Nachricht jeder Begründung entbehrt. Ein Ueberschreiten der russischen Grenze in der Richtung auf Petersburg hat nicht stattgefunden.

Die „Svenska Dagbladet“ aus Helsingfors erzählt, wurde am Sonntag die finnische Flagge über Swaborg gehißt. Präsident Swinhufvud betonte in einer kurzen Ansprache, daß vor hundert Jahren die schwedische Fahne der russischen habe weichen müssen, während jetzt zum erstenmal die finnische Fahne über der Stadt weht. Außerdem teilte Swinhufvud mit, Swaborg solle zukünftig Suopeliana, das heißt Finnlandsburg, heißen.

Das finnische Notizbureau teilt offiziell mit, daß diplomatische Beziehungen zwischen Rußland und Finnland noch nicht beständen. Von solchen könne keine Rede sein, solange die Festung Suo noch nicht ausgehört sei, russische Kriegsmannschaften sich noch in finnischen Gewässern befinden, die finnischen Aufreiter in Petersburg beherbergt würden und dort neue Feindseligkeiten planen könnten und die Behörden in Ostkaralien feindliche Maßnahmen unterläßen.

Nach der Niederlage der roten Truppen in Finnland flüchteten mehrere Mitglieder der revolutionären Regierung nach Petersburg. Sie sollten nunmehr bei der Regierung Lenins um Zuweisung einer Landstrecke in Sibirien zur Gründung einer finnischen Kolonie eingekommen sein.

Partei- und Gewerkschaften Norwegens fordern in einem Aufruf zu Geldspenden für die finnische Arbeiterklasse auf. Die Sammlung soll von den Partei- und Gewerkschaftsvereinen des ganzen Landes sorgfältig organisiert werden.

Wastl, 14. Mai. Die Havas aus Moskau meldet, wurde Kawenow von den Weißen Garde als Geisel zurückgehalten, so die russische Regierung der gegenwärtigen finnischen Regierung die Vertreter der revolutionären Regierung, besonders den Vertreter Mannerts übergeben haben wird.

Die Gegenrevolution in Ostibirien.

Der bolschewistische Widerstand schwindet.

Amsterdam, 14. Mai. „Times“ meldet aus Peking: Nach mehreren Geschehnissen ist der Widerstand der Bolschewisten gegen die Semenovschen Kosaken abgeklungen. Semenov steht jetzt auf dem rechten Ufer des Flußes Jngoda, drei Meilen von dem Eisenbahnnotenpunkt Karinskaja. Kleine Abteilungen sind über den Fluß gezogen und haben die Bahn zu beiden Seiten des Knotenpunktes besetzt. Die Hauptmacht der Kosaken wartet mit dem Vormarsch, bis die Brücken über die Flüsse Oron und Jngoda wieder hergestellt sind. Sie haben sich nach China zurückgezogen. Es sind noch drei Jüge mit Bolschewisten von Chabarowitsch unterwegs. Vermutlich wurden sie von Kosaken, die Semenov unterstützen, angehalten.

Sasel, 14. Mai. Wie Havas aus Schanghai meldet, hat General Semenov nach der „North China Daily News“ den Hon-Fuß erledigt. Die Roten Garde gehen bis Sachimafaha zurück, wo sie Verstärkungen erwarten. Der untere Arm wird bald schiffbar sein, und den von Nikolajewsk her erwarteten Verstärkungen erlauben, die Amur-Häfen zu schließen. Der Handel in Sibirien wird bald wieder aufgenommen werden. Die Bolschewisten in Blagowestok verkaufen, den Geschäftslenten eine sehr drückende Einkommensteuer auszuwerfen.

Dieser werden also ihr Geschrei nach Intervention bis zur Wildheit steigern.

Wartet Balfour auf ein deutsches Friedensangebot?

Rotterdam, 14. Mai. Wie dem Nieuwen Rotterdamischen Courant aus London gemeldet wird, sagte Balfour in der Antwort einer Anfrage von Sonby, er übernehme die volle Verantwortung für die Erklärung Lord Roberts Cecil über das Bevorstehen einer deutschen Friedensoffensive. Gleichzeitig stellte Balfour in Abrede, daß Cecil eine Mitteilung über die Anwesenheit eines geheimen deutschen Abgesandten in Gestalt einer angesehenen neutralen Person in England gemacht habe. Sonby habe die Erklärung Cecil offenbar so verstanden, daß deutsche Friedensangebote, welcher Art sie auch sein mögen, abgewiesen werden würden. Balfour sagte, er verstehe nicht, wie Sonby zu diesem Schluß habe gelangen können.

Die teilweise Verhältniswahl vom Unterhaus abgelehnt.

London, 13. Mai. In der Schlussabstimmung hat das Unterhaus den Vorschlag, den Grundsatz der Verhältnis-

wahl in hundert Wahlkreisen anzuwenden, mit 166 gegen 110 Stimmen abgelehnt.

Der Vorschlag sollte ein Kompromiß zutage bringen, um wenigstens ein Prudenz von dem Proporzsystem zu retten. Eine zeitweilige Probe sollte angestellt werden, um danach später die Frage allgemein zu entscheiden. Aber die Gegner des demokratischen Wahlrechts hielten sich, den kleinen Finger zu reichen. Sie stemmen sich gegen, solange sie noch können. Die Gewalt besonderer Umstände wird sie werfen müssen.

Englands Vormarsch zum Schutz Zoll.

Bevorstehende Kündigung aller Meistbegünstigungsverträge.

London, 14. Mai. (Neuermeldung.) „Times“ schreibt: Bonar Law machte am 13. Mai im Unterhaus eine wichtige Mitteilung. Er sagte in Verantwortung einer Anfrage Carsons, daß die britische Regierung die Absicht habe, ähnlich vorzugehen wie die französische und alle Meistbegünstigungsverträge zu kündigen.

Dem Londoner Mitarbeiter des „Handelsblatt“ zufolge fragte Carson, ob der französische Ministerrat sämtliche Handelsverträge gekündigt habe, in denen die allgemeine Bestimmung der begünstigten Nationen vorläge. Ob der Zweck der Kündigung sei, das Land vor dem Friedensschlusse davon zu befreien und ob es in der Absicht der englischen Regierung liege, um einer derartigen Nichtschur im Anschluß an die vermutliche Knappheit an Rohstoffen nach dem Kriege und die Notwendigkeit, den Bedarf des englischen Reiches und seiner Bundesgenossen zu versehen, zu folgen. Die Antwort von Bonar Law auf alle Untertheile dieser Frage lautete bejahend.

In einem Kommentar dazu sagt die „Times“, Großbritannien werde damit freie Hand für seine Wirtschaftspolitik erhalten. Bisher sei es durch Handelsverträge mit alliierten und neutralen Ländern gebunden gewesen. Solange die bestehenden Handelsverträge noch in Kraft seien, sei es für Großbritannien unmöglich, den Dominions und den Alliierten eine besondere bevorzugte Behandlung für ihre Einfuhr einzuräumen oder einen Unterschied zwischen Ländern, nach denen Waren aus Großbritannien ausgeführt werden, zu machen. Die Kündigung der Verträge brauche nicht notwendig zur Folge zu haben, daß in der britischen Wirtschaftspolitik eine radikale Veränderung ermöglicht.

Gordon Bennett, der Inhaber des „New York Herald“ ist in Veaulieu gestorben.

Lord Courtney of Penwith, ein Friedensfreund und Vorkämpfer des Verhältnismäßigkeits, ist am Sonnabend, 84 Jahre alt, gestorben. Im Oberhaus hat er mehrfach — schon 1915 — Neben zugunsten einer Beendigung des Krieges gehalten, die in Deutschland lebhaften Widerspruch fanden. Bei den Friedensvorlesungen im Reichstag wurde auf sie hingewiesen. Im letzten Herbst trat er in einem offenen Briefe abermals für einen Verständigungsfrieden ein, den er von einer Verzichtleistung Deutschlands auf jeden Einfluß über Belgien erhoffte. Daß er mit der imperialistischen Politik nichts gemeinhatte, bewies er schon in der Zeit des Burenkrieges durch scharfe öffentliche Urteile.

Verstaatlichung der Kriegsindustrien in Spanien. Havas meldet aus Madrid: Der Ministerrat hat dem Entwurf betreffend Verstaatlichung der Industrien, die für die nationale Verteidigung erforderlich sind, zugestimmt.

Kaiserrede.

„Die Sache wird gemacht“.

Der Kaiser hat nach offiziöser Meldung dieser Tage in Aachen eine Rede gehalten, in der er u. a. sagte:

Hart werden die Gegner mitgenommen. Sie haben es auch nicht besser verdient. Die Sache im Westen wird gemacht, aber wir müssen Geduld üben. Millionenheere können nicht an einem Tage erledigt werden. Wir werden unser Ziel erreichen. Schwere Arbeit ist zu leisten, aber dafür haben wir ja auch tüchtige Schmiebe. Den Osten haben wir geöffnet. In der Krime geht es auch vorwärts. Aus der Ukraine sind die ersten Lebensmittelzüge in Berlin eingetroffen. Dadurch wird unsere Lebensmittelversorgung gebessert. Nun meine ich, ist es auch Zeit, alles fremdländische abzutreiben. Alles französisch parlieren muß aufhören, sprechen wir lieber unser deutsches Platt.

Im Gespräch mit dem Oberbürgermeister erinnerte Wilhelm II. an ein früheres Festmahl. Das Stadtoberhaupt erwiderte: Wenn Ew. Majestät nach siegreichem Friedensschlusse wiederum in die alte Kaiserstadt kommen, dann werden wir hier in diesem Raum das herrlichste Festmahl halten. Hierauf erwiderte der Kaiser: Ja, das wollen wir!

Offiziöse Erklärung zur Wahlrechtsfrage.

Hoffnung auf das Herrenhaus.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bespricht den Abschluß der dritten Lesung der Wahlreformgesetze. Sie verweist darauf, daß die Zustimmung gegeben habe, daß die Wahl der Gegner des gleichen Wahlrechts nicht mehr in der gleichen Geschlossenheit wie in der zweiten Lesung besteht, und führt aus, daß bei der Verhandlung der Wunsch nach Verständigung in erheblichem Maße gezeigt habe. Im Anschluß an die Erklärung des Vizepräsidenten des Staatsministeriums bemerkt das Blatt sodann:

„Mit dieser Erklärung hat die Staatsregierung erneut den letzten Entschluß bekräftigt, die Wahlreform gemäß dem Allerhöchsten Erlaß vom 11. Juli durchzuführen. Die Möglichkeit ihres Standpunktes, daß dabei alle verfassungsmäßigen Mittel zu erschöpfen sind, hat gerade der Verlauf der heutigen Sitzung erwiesen. Es wird dem Herrenhaus nicht verwehrt werden dürfen, den Versuch zur Herstellung einer geeigneten Lösung zu machen. Das Mittel der Auflösung bleibt ungekürzt in der Hand der Regierung.“

Wenn in der Erklärung der Regierung von der Kriegslage die Rede ist, so ist damit lediglich der prägnanteste Ausdruck gewählt worden, wie dies in einer programmatischen Erklärung notwendig ist. Selbstverständlich sollen damit alle während des Krieges sich geltend machenden Momente gemeint sein, militärische wie politische und wirtschaftliche, die für die Entscheidung der Staatsregierung maßgebend werden können. Daraus ergibt sich mit Notwendigkeit, daß die Wahl des Zeitpunktes für eine eventuelle Auflösung ausschließlich von der königlichen Staats-

regierung unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse getroffen werden kann.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meint schließlich, die weitere Entwicklung liege im Dunkeln. Dunkel ist ein mit treffender Stilkunst geprägtes Wort.

Die Wahl in Zwickau-Crimmitschau.

Aus Zwickau meldet B. L. V. vom 13. Mai:

Bei der heutigen Reichstagswahl im Zwickauer Wahlkreis wurden nach dem bisher vorliegenden Ergebnis abgegeben: Für Klug (Nat. Arbeiter) 6095 Stimmen, für Meier (Soz.) 12433 Stimmen, für Hebert (Unabh. Soz.) 5033 Stimmen, für Braun (Mittl. Stände) 102 Stimmen. Die Wahl Meiers dürfte ohne Stichwahl gesichert sein, da nur noch einige kleinere Orte fehlen.

Die Tiefbau-Untersuchungen im Operationsgebiet.

Zuspektionsreise von Abgeordneten.

Man erinnert sich noch der Ausschüsse erregenden Enthüllungen, die Genosse Stücken im Hauptauschuß des Reichstags über die Arbeitsverhältnisse in Tiefbau-Untersuchungen der Operationsgebiete gemacht hat. In der Dienstagssitzung dieses Ausschusses erlittete er nun weiteren Bericht über die Ergebnisse der Vernehmungen, die über die Klagen der Arbeiter vorgenommen sind. Im Auftrag des Ausschusses reisen die Abgeordneten Stücken, Schiele und Schirmer in diese Gebiete; dann soll auf diese Dinge im Ausschusse näher eingegangen werden.

Seltamer Kampf gegen den Lebensmittelwucher.

„Vigilanten“ gegen eheliche Leute.

Wiederholt sind uns Mitteilungen zugegangen, die auf geradezu ungeheuerliche Vorgänge auf dem Gebiet der Bekämpfung des Lebensmittelwuchers hinweisen. Es wird darin behauptet, daß vielfach vorbestrafte Personen als „Polizeivigilanten“ ihr Unwesen treiben, was um so peinlicher wirkt, da sich der Kampf der Behörden oft nicht so sehr gegen die Wucherer wie gegen die Bewucherten richtet, die unter dem Zwang der Not im Interesse der ihrem Schicksal anvertrauten Personen höhere Preise als die Höchstpreise bezahlt haben.

Eine Verfestigung dieser fast unglücklich klingenden Berichte liegt uns jetzt in einem Tagesbericht des königlichen Polizeipräsidenten vom 23. April d. J. vor, der folgendes befragt:

Es ist bekannt geworden, daß mehrere ehemalige Vigilanten des Kriegswucheramts mit gefälschten Ausweisen Durchsuchungen und Beschlagnahmen von Lebensmitteln und dergl. vorgenommen haben und noch vorzunehmen sollen. Vielfach haben dieselben die Waren wieder freigegeben, nachdem sie eine entsprechende Summe Geldes erpreßt hatten.

Zwecks Überführung der verdächtigen Personen wird gebeten, die über die bekannt gewordenen Vorfälle entstandenen Vorgänge auf kurze Zeit dem Kriminalkommissar Permann bei dem Kriegswucheramt in Berlin-Schöneberg zu überlassen; gegebenenfalls wird um Mitteilung der Tagebuchnummern der Akten gebeten, welche derartige Vorfälle behandeln und bereits an die Staatsanwaltschaft abgegeben worden sind.

Aus diesem Tagesbericht geht wenigstens soviel hervor, daß die Polizei früher Vigilanten beschäftigt hat, die jetzt als Urkundenfälscher und Erpreßer arbeiten. Daraus läßt sich zum mindesten der Schluß ziehen, daß die Polizei in der Auswahl ihrer Hilfsorgane nicht immer die nötige Vorsicht walten ließ.

Die Getränkesteuer.

Mineralwässer, Tee, Kakao usw.

Der Getränkeauschuß des Reichstags trat am Dienstag in die Generaldiskussion des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Besteuerung von Mineralwässern und künstlich bereiteten Getränken, sowie die Erhöhung der Zölle für Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade ein.

Nach dem Entwurf soll alles natürliche und künstliche Mineralwasser in Gefäßen bis zu einem halben Liter mit 2/3 Pf., in Gefäßen bis zu einem Liter mit 5 Pf., Limonade mit 6 resp. 12 Pf. besteuert werden, Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade werden mit Zöllen belegt, die die bisherigen Zölle zum Teil um 150 Proz. übersteigen.

Von sozialdemokratischer Seite wird bemerkt, daß der Versuch dieser Besteuerung ein Versuch am unpassendsten Objekt sei, bei vier beträgt nach den bisherigen Beschlüssen die Steuerbelastung circa 25 Proz., beim Wein 10 Proz., und die Wasser und Limonaden sollen mit einer 50-60prozentigen Steuer belegt werden. Die beabsichtigte Zollerhöhung für Kakao, Kaffee und Tee wird als volkswirtschaftlich unverantwortlich und als gesundheitschädigend bezeichnet. Bei der Minderung unseres Milchviehbestandes muß der Import von Ersatznahrungsmitteln und Genußmitteln erleichtert, nicht erschwert werden.

Obwohl von verschiedenen anderen Rednern die Bedenken dieser Steuerart anerkannt wurde, stellen alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten und Unabhängigen Zustimmung in Aussicht, wenn an Stelle der Fleischbesteuerung Viterbesteuerung zugrunde gelegt wird. Ein Regierungvertreter betont, daß bei Viterbesteuerung der Steuerlag 7 1/2 Pf. für Wasser und 18 Pf. für Limonade betragen muß, wenn der erhoffte Betrag von 51 Millionen aufgebracht werden soll. Die Erhöhung des Kaffeezölles soll erst zu einem späteren Termine in Kraft treten, nicht während des Krieges. Die Spezialdiskussion des aus 40 Paragraphen bestehenden Entwurfs findet nach der Winterspause statt, anschließend zweite Lesungen aller Getränkesteuervorlagen.

Die freikonservative Partei des Abgeordnetenhauses hat an Stelle des Freiherrn v. Jeditz den Abg. Lüdicke-Spandau zum Vorsitzenden gewählt.

Angellager oder Granatlager? In diesem Thema schreibt uns Geh. Komm.-Rat Arnhold, bei dem Geschäft der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrikanten mit einer amerikanischen Firma habe es sich in der Tat um eine Angellager, daß, Wright u. Cie. in Philadelphia gehandelt. Der Ausdruck „Waffenfabrik“ sei durch einen Hör- oder Schreibfehler der Berichterstattung entstanden.

Säfer die Tonne 600 Mk.! Das Kriegsernährungsamt hat die Preisverwaltung ermächtigt, für Säfer bis Mitte Juni 1918 600 Mark pro Tonne zu zahlen. Der Schritt wird mit der Notwendigkeit beschleunigter Lieferung und der Höhe der Erzeugungskosten begründet.

Groß-Berlin

Auch ein „Kohlenverband“ — aber einer mit Kohlen.

Der „Kohlenverband Groß-Berlin“, der seit dem vorigen Jahre besteht, will Abgabe, Entnahme und Verbrauch von Brennstoffen regeln. Voraussetzungen für seine „regulierende“ Tätigkeit ist, daß die abzugebenden, zu entnehmenden und zu verbrauchenden Kohlen usw. vorhanden sind. Lieber wäre uns ja ein Verband, der es fertig brächte, uns Kohlen in nötiger Menge zu verschaffen. Die Kohlennot hat in Berlin einem Mann den Gedanken eingegeben, eine Art „Kohlenverband“ für den eigenen Gebrauch ins Leben zu rufen, der ihm zu den begehrten Kohlen verhelfen sollte. Da er als kleiner Verbraucher oft genug bei Händlern „um Kohlen gestanden“ hatte, so wollte er versuchen, sich und anderen kleinen Leuten durch gemeinsamen Bezug von Kohlen die Vorteile des großen Verbrauchers zu sichern. Der große Verbraucher, sagte er sich, findet bei Händlern williges Entgegenkommen, hat mehr Aussicht, von ihnen mit Kohlen beliefert zu werden, und darf auch darauf rechnen, daß sie ihm die Kohlen bis zum Hause befördern. Auf den Einfall des gemeinsamen Kohlenbezuges kam der Mann, nachdem er eines Tages zur Anschaffung des eigenen kleinen Kohlenbedarfes sich von seiner in der Nähe des Rosenthaler Tores gelegenen Wohnung mit einem geliehenen Handwagen bis nach Moabit hinausgewagt hatte, um dort bei einem Großhändler sein Heil zu versuchen. Ohne Kohlen mußte er wieder heimfahren, aber weil er hörte, daß der Händler ihm Kohlen von 50 Zentner abliefern und sogar bis zum Hause befördern würde, beschloß er, zu diesem Zweck sich einen eigenen „Kohlenverband“ zu schaffen. Rasch brachte er aus der Mietskammer, in der er wohnte, mehr als die zu 50 Zentnern nötige Zahl Teilmehmer zusammen; denn heute ist jeder froh, irgendwie zu seinen Kohlen gelangen zu können. Er ließ sich die Kohlenarten geben, sammelte im voraus das Geld ein, weil ihm selber die Mittel fehlten, für eine so bedeutende Kohlenmenge den Kaufpreis auszugeben, und fand dann bei dem Großhändler das erwartete Entgegenkommen. Schon am nächsten Tage fuhr vor dem Hause ein reichlich beladener Kohlenwagen vor, mit Jubel begrüßt von den vereinigten Hausbewohnern, für die er bestimmt war, und sofort ging es an die Verteilung nach Maßgabe der geleisteten Kostenbeiträge. Als die Nachricht von der erfolgreichen Durchführung des gemeinsamen Kohlenbezuges sich schnell umher sprach, wandten sich andere Bewohner des Hauses und später auch Bewohner der Nachbarhäuser an den „Vater des Gedankens“ mit der Bitte, die Sache zu wiederholen und auch ihnen eine Beteiligung zu ermöglichen. Das geschah, und so erlebte man denn ein paar Wochen hindurch noch mehrere Male das Schauspiel, daß ein großer Händler (anfangs noch der aus Moabit, später einer aus der Gegend des Stralauer Tores) eine Wagenladung Kohlen den kleinen Verbrauchern von weit her vor's Haus schickte. Eines Tages tauchte neben dem eben wieder eingetroffenen Kohlenwagen ein Unbekannter auf, der dem beginnenden Geschäft der Kohlenverteilung teilnahmevoll zusah, ein Papier aus der Tasche zog und zu schreiben anhub. Was wollte der fremde Herr? Da die Verläufe, sein „Insignitum“ zu läuten, mihlang, so lud ihn schließlich ein ganz Neugieriger zu einem Gang nach dem Polizeibureau ein. Mit wem er es zu tun hatte, erfuhr er auch dort nicht, aber bald leitete der Fremde zurück in Begleitung eines Schutzmanns, und nun wurde der Leiter dieser durch Selbsthilfe der Kleinverbraucher geschaffenen Kohlenverteilung — aufgeföhrt. Er hatte zur Deckung seiner besonderen Unkosten (z. B. Trinkgelber für Kutscher) und zur Vergütung seiner nicht geringen Mühen von den Kohlenbeziehern mit ihrer Einwilligung mehr als den Kleinhandelspreis genommen, den die Großhändler ihm selber für den Zentner Kohlen einschließlich Anfuhr schon mit 2,75 M. abforderten. Weil er jetzt mit einer Anklage wegen zu hohen Preises bedroht wurde, stellte er seine Tätigkeit ein, und der gemeinsame Kohlenbezug fand ein plötzliches Ende. Die dabei gemachten Erfahrungen sind immerhin ein lehrreicher Beitrag zur Verleumdung des Vorzuges, den der große Kohlenverbraucher gegenüber dem Kleinen genießt. Dem angeklagten Kaufmann vor Gericht darf man mit Spannung entgegensehen.

Käseverteilung. In der Zeit vom Donnerstag, den 16. bis Mittwoch, den 22. wird in den Bezirken der 54., 55., 56., 76., 77., 78., 79., 83., 84., 87., 88., 178., 192., 212. und 222. Volkskommission — am Friedrichshagen — auf das Mittelstück der zurzeit gültigen Speisekarten pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt.

Die Ersatzmittelstelle Groß-Berlin hat bereits vor Inkrafttreten der Verordnung vom 1. Mai ihre Geschäftsstelle Neue Friedrichstraße 9/10 eröffnet. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß die Genehmigungspflicht zunächst auf Ertrag 1 e b e n s mittel beschränkt ist, so daß andere Ertragsmittel vorderhand weiter frei hergestellt und gehandelt werden dürfen, sofern nicht besondere gesetzliche Bestimmungen diesem entgegenstehen.

Hundeperre. Das Polizeipräsidium teilt mit: Im nördlichen Teile des Stadtbezirks Berlin, der begrenzt wird im Süden durch die Stadtbahn auf der Linie von Bahnhof Stralau-Kummelsburg über Alexanderplatz nach Bahnhof Tiergarten; im Westen, Norden und Osten durch die Weichbildgrenze einschließlich der an der obigen Linie belegenen Wohnhöfe, müssen sämtliche Hunde bis zum 3. August festgelegt (angeleitet oder eingesperrt) werden. Der Festlegung ist das Führen der mit einem sicheren Maulkorbe versehenen Hunde an der Leine gleich zu erachten. Die Ausfuhr von Hunden aus dem Sperrgebiete ist nur mit ortspolizeilicher Genehmigung nach vorheriger tierärztlicher Untersuchung gestattet. Die Benutzung der Hunde zum Ziehen wird unter der Bedingung gestattet, daß sie dabei fest angeleitet und mit einem sicheren Maulkorbe versehen sind.

Schiffspiele Launen-Palast. Der Roman Alexander Puschkins „Blaue Dame“ ist verfilmt worden und gelangt Freitag zur Uraufführung. Alexander Koffin und Johanna Termin spielen die Hauptrollen. Eine Komödie „Frauen in Ästen“ wird die Ergänzung des Spielplans bilden.

Die Mozart-Schiffspiele bringen am 17. die Uraufführung des Lustspiels „Sein letzter Seitenprung“ mit Biggo Larfen in der Hauptrolle.

Ein Schankwirt als Eindredler. In der vergangenen Nacht wurden Bewohner des Grundstücks Janstraße 44 durch ein verdächtiges Geräusch auf die Räume der Fabrik von Helmuth, in denen große Mengen Zucker lagern, aufmerksam. Weil in diese Räume schon in der Nacht zum 1. Mai eingebrochen worden war, so schöpften sie Verdacht und eilten hin. Ihre Vermutung, daß wieder Eindredler da seien, bestätigte sich. Zwei Männer waren gerade dabei, Zucker zu stehlen. Während einer der Lieberstraßen entkam, wurde der andere festgenommen und der Polizei übergeben. Diese entlarvte ihn als den Schankwirt Ernst Reimer aus der Schlegelstraße und führte ihn dem Untersuchungsrichter vor. Reimer hat ohne Zweifel auch schon bei dem ersten Einbruch, bei dem den Tätern eine große Menge Zucker in die Hände fiel, seine Hand im Spiele gehabt.

Schöneberg. Bau von Kleinwohnungen. Am Montag verhandelte die Stadtverordnetenversammlung folgenden sozialdemokratischen Antrag: Der Magistrat wird ersucht, schleunigst eine Vorlage einzubringen, durch welche der Bau von kleinen Wohnungen für kinderreiche Familien vorbereitet und der Bau baldigst in Angriff genommen wird.

Die Liberale Fraktion hatte dazu nachstehenden Zusatzantrag eingebracht: Für sämtliche Schöneberger Familien mit mehr als drei Kindern unter 18 Jahren eine besondere Wohnungsfürsorge einzurichten, und zur Verhütung drohender Obdachlosigkeit städtische Mittel in Form von überzinslichen Mietvorzügen oder Mietsbeihilfen bereitzustellen. Genosse N o s ging in seiner Begründung auf die bestehende Wohnungsnot ein. Die Wohnungszählung von 1917 hat ergeben, daß von 24 000 Kleinwohnungen nur 1,5 Proz., und von den 26 000 größeren Wohnungen 2,6 Proz. leerstanden. Inzwischen hat sich dieses Prozentverhältnis noch verringert. Die heimkehrenden Krieger werden wenig erbaut sein, wenn sie anfangs in bereitstehende Wohnungen in Baracken einziehen sollen. Der Bevölkerungszuwachs hat nachgelassen, dagegen ist der Zugang stärker geworden, besonders vom Lande. Es steht ferner fest, daß in Groß-Berlin an 60 000 Wohnungen fehlen und auf Schöneberg ein großer Teil davon entfällt. Wenn darum nicht zeitigen vor-

Der Feldpostbezug des „Vorwärts“ kostet monatlich 1,80 Mark

gebeugt wird, werden scharfe Kämpfe um die Wohngelegenheit die Folge sein. Schon jetzt werden Brämien für die Beschaffung von Wohnungen ausgesetzt. Minderbemittelte kinderreiche Mieter werden später überhaupt keine Wohnungen bekommen. Auch werden die Hauswirte derartigen Mietern schnell kündigen. Die Wohnungsfrage muß darum in der Überlegungswirtschaft mit an erster Stelle stehen. Nur der Bau von Kleinwohnungen kann die eintretenden Schäden mildern. Die von der Regierung freigegebenen Dach- und Kellerwohnungen sollten gemieden werden, ebenfalls Massenquartiere. Die Regierung muß billiges Bauland abgeben sowie rechtzeitig Arbeitskräfte und Rohstoffe freigeben. Auch das erforderliche Baugeld muß zur Verfügung gestellt werden. Damit könnte der größten Not gesteuert werden. Schmedes (Lib. Frakt.) erklärte sich mit dem Antrag einverstanden und befristet, hauptsächlich für kinderreiche Familien zu sorgen. Der Magistrat muß alles tun, um diese Familien vor Obdachlosigkeit zu schützen. Den Hausbesitzern muß Entgegenkommen durch besondere Mietszuschüsse gewährt werden und der Mietsnachschuß in Fortfall kommen. Auch muß seilgeschickt werden, wie viel Wohnungen notwendig sind, um den Bedarf zu decken. Stadtrat Kay gibt zu, daß eine Wohnungsnot vorhanden ist und will in kürzester Zeit der Verammlung dementsprechende Projekte vorlegen. Dach- und Kellerwohnungen sollen dabei auscheiden und der Neubau bevorzugt werden.

Peterson (U. S.) meinte, es sei beschämend, daß erst die Verammlung mit einem derartigen Antrag kommen muß, anstatt daß der Magistrat eine fertige Vorlage einbringt. Die Zustände früherer Kriege sollten nicht wieder in die Erscheinung treten. Große Wohnungen seien genügend vorhanden, an kleinen Wohnungen aber großer Mangel. Abhilfe könne nur geschaffen werden, wenn sofort mit dem Bau begonnen wird.

Jagow (Fr. Frakt.) wünschte, daß die Stadt die Aufführung derartigen Bauten den Baugesellschaften und Privatunternehmern überläßt. Das Reich muß mit Mitteln einspringen. Durch das neue Wohnungsgezet sei schon viel geholfen. Oberbürgermeister Dominikus erwidert, die Ausführungen des Stadts. Peterson nicht ernst zu nehmen. Es könnten bisher Bauprojekte nicht unterbreitet werden, da das gesamte Baumaterial beschlagnahmt ist und nur den Militärbehörden zur Verfügung steht. Die vielen Auseinandersetzungen mit den Behörden liegen es bisher nicht zu, besondere Pläne zu unterbreiten. Groß-Berlin muß gemeinsam vorgehen.

Damit war die Debatte beendet, die Anträge wurden einstimmig angenommen. Als Vizepräsident der in die Straßereinigungsdeputation wurde Genosse Kurt Schindler und als Vorstand in das Sparkassen-Tutorium der Genosse L a z e r gewählt.

Lichtenberg. Stadtverordnetenversammlung. Die letzte Verammlung erlebte vor Eintritt in die Tagesordnung die feierzeit betragte Wahl von zwei Ersatzmännern zum Zweckverband und die Wahl eines Abgeordneten und eines Ersatzmannes zum Giroverband der kommunalen Verbände der Provinz Brandenburg. Als Vertreter bezw. Ersatzmann zum Zweckverband, wurden Bürgermeister Dr. Unger und Genosse John gewählt. Zum Abgeordneten für den Giroverband bestimmte die Verammlung den Stadtverordneten Plona und als dessen Ersatzmann Stadtverordneten Hoyer. Eine Anfrage des Stadtverordneten Girisch bezüglich der Beschlagnahme von Fär- und Kiensterten aus Plessing zeitigte eine lebhaftes Aussprache. Der Antrager sowohl wie unsere Genossen John und Elias übten scharfe Kritik an der in Aussicht stehenden Maßnahme, aber deren eventuelle Jurisdiktion sie auskunft wünschten. John betonte, daß die Regierung zum mindesten die Pflicht habe, nach dem Kriege für vollwertigen Ertrag der beschlaggenommenen Gegenstände zu sorgen. Aus ihren Ankündigungen gehe allerdings hierüber nichts hervor. Sie hätte zunächst alles andere erfassen sollen, ehe sie an die Beschlagnahme so wichtiger Wohnungsbestandteile gehe. Genosse Elias wünscht eine durchgreifende Erfassung der Denkmäler, die zumeist recht überflüssig seien. Stadtverordneter Dr. M a r e s h y erklärte, daß auf eine Jurisdiktion der Verordnung keinesfalls zu rechnen sei. Im übrigen sollen aber die bei früherer Beschlagnahme hervorgetretenen Härten nach Möglichkeit vermieden werden. Die Metallmobilisationsstelle wird rechtzeitig für die Erfasteile sorgen, und auf Antrag werden auch die erforderlichen Arbeitskräfte nachgewiesen. Auch Vaurat Högig wies darauf hin, daß bereits in umfassendem Maße Vorzüge getroffen sei, um eine ordnungsgemäße Erledigung zu ermöglichen. Oberbürgermeister Rietzen wandte sich gegen die Ausführungen des Genossen Elias, mit dem er sich in bezug auf die Denkmäler, die doch zum großen Teil einen bedeutenden Kunstwert besitzen, allerdings kaum würde verständigen können.

Der Magistrat legte eine erneute Vorlage über L e u e r u n g s z u l a g e n für Beamten vor, die wiederum für die höheren Gehälter höhere Zulagen vorseht. Genosse John beantragte, die Zulagen durchschnittlich auf 1200 M. zu bemessen. Wagle von den Unabhängigen schloß sich diesem Antrage an, der aber ohne weitere Debatte abgelehnt wird.

Eine weitere Vorlage behandelte die erweiterte S o n n t a g s r u h e während des Krieges. Die Unabhängigen beantragten durch Wagle die dauernde Einschränkung der Sonntagsruhe, zumal Neubölln diese schon ohne Einschränkung beschließen habe. Oberbürgermeister Rietzen empfahl die Annahme der Magistratsvorlage. Er ist der Auffassung, daß nach dem Kriege die vorübergehende Maßnahme eine dauernde werden wird, aber aus rein praktischen Gründen solle man sich dem Berliner Beschluß anpassen. Nach Ablehnung des Antrages Wagle, für den auch unsere Genossen stimmten, gelangte die Magistratsvorlage zur Annahme.

Reinsendorfer. Zur Eierversorgung. In den amtlichen Verkaufsstellen gelangen von heute ab, soweit Vorrat reicht, Eier an Kinder und an über 70 Jahre alte Personen zur Ausgabe. Schluß der

Ausgabe am 19. Mai. Es werden auf Abschnitte I. B., I. C. und I. D. der Nährmittellisten B., C. und D. je ein Ei und auf Wegungsscheine der Protokommission für die alten Leute ebenfalls je ein Ei zum Preise von 38 Pf. auszugeben. Hühnerhalter mit einem Bestande von höchstens drei Hühnern sind von heute ab von der Ablieferung der Eier befreit. Alle anderen Hühnerhalter haben dagegen die Verpflichtung, Eier abzuliefern.

Gerichtszeitung.

Die unregelmäßige Mehllieferung seitens des Magistrats, über die in den Berliner Wäckerkreisen viel geklagt wird, ist angeblich die Veranlassung zu einer Reihe von Kriegsvergehen gewesen, welche der Wäckermeister R e j e r t e vor das Schöffengericht Berlin-Weßling führte. Der Angeklagte hatte einen sog. amtsrichterlichen Strafbefehl über 4 Monate Gefängnis erhalten, weil er von verschiedenen Wäckermeistern und Konditoreibesitzern in einer großen Anzahl von Fällen Mehl ohne Karten entnommen und verbraucht und ferner auch dieses Mehl nicht in die Bestandslisten eingetragen hatte. Gegen diesen ganz außergewöhnlich hohen Strafbefehl legte R. Berufung ein, während sich die übrigen Wäckermeister, die in kleinere Geldstrafen genommen worden waren, bei diesen Strafen beruhigten. Vor dem Schöffengericht machte Rechtsanwalt Dr. G r o ß m a n n für den Angeklagten geltend, daß es sich keinesfalls um eine die Allgemeinheit schädigende Mehlziehung handele, sondern einfach darum, daß R. durch unpünktliche Mehllieferung seitens der Verteilungsstelle wiederholt in die unangenehme Lage gekommen sei, seinen Kunden nicht rechtzeitig Brot liefern zu können. Er habe sich deshalb von anderen Wäckermeistern, welche ihr Mehl auf Wochen voraus erhalten hatten, einige Sack Mehl geliehen und das gleiche Quantum dann später, nachdem er selbst erhalten hatte, zurückgegeben. Das Gericht erblickte jedoch auch in der leichweisen Entgegennahme von Mehl einen Verstoß gegen das Gesetz, erkannte aber unter Aufhebung des Strafbefehls nur auf 50 Mark Geldstrafe.

Briefkasten der Redaktion.

M. N. 50. Es empfiehlt sich in Ihrem Falle, das Testament zu revidieren. Jungen sind nicht nötig. — R. N. 102. 1. Ja. 2. Das kann geschehen. Wenn Sie aber kein Verzeichnis trifft, so fassen Sie dagegen Beschwerde. — E. S. 27. 1. In Londoner Ehe erben die Eltern mit Ausnahme der Wittschaft die Hälfte des Nachlasses. 2. Nein. — V. 1057. Die Frau hat Anspruch auf Unterstüzung noch bis zum 15. er. — G. N. 100. Nach Ihrem Einkommen hätten Sie müssen zu jährlich 36 M. Plus 1,80 Staatsrentenversicherer und 175 M. Gemeindeeinkommensteuer verlangt werden. — M. N. 1. Ja. 2. Nein. — Kriegsbeschädigt. 1. Gehör- oder Rükensmarkliden, Gehörverluste oder schwere Schäden an den Schädelknochen, Kattfluß, 2. Dauernd arbeitsunfähig, 3. Wohnung auf der zweiten Etze. No. 000. Weir. Wintler. Eine Jurisdiktion aus der Feuerlinie wird in diesem Falle nicht erfolgen. — Susar. Nein. — M. N. 100. Wenn sich in Ihren Erwerbsverhältnissen nach Eingehung der Ehe nichts geändert hat, haben Sie keinen Anspruch. — Kranf. 1005. Für Berlin beträgt jetzt die Alimentation 40 bis 50 M. — A. P. Ja.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Deutlich der Oder trocken, wolkig feiler, in den Tagesstunden überall ziemlich warm, im Westen vorübergehend stärker bewölkt, stichweise Gewitterregen.

Gewinnauszug der 11. Preussisch-Süddeutschen (37. Königlich Preussischen) Klassenlotterie 5. Klasse 6. Ziehungstag 14. Mai 1918

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die rechte gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Table with 2 columns: (Oben Gewinn u. St.-N. f. S.) and (Nachdruck verboten). Lists winning numbers and amounts for various prize classes.

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 M. gezogen: 2 Gewinne zu 30 000 M. 21989

Table with 2 columns: 2 Gewinne zu 10 000 M. 196225 and 6 Gewinne zu 5000 M. 62983, 97092, 225427, etc. Lists winning numbers and amounts for various prize classes.

Wenn man arbeitslos ist.

Man muß schon arbeitslos sein und sich täglich auf der Suche nach neuem Brot befinden, wenn man etwas erleben will. Man kommt, wenn man fast den ganzen Tag auf der Straße liegt, da und dort hin, irgendwo und irgendwann trägt sich in einer großen Stadt immer etwas zu, und wenn man Glück hat, wird man leicht Augenzeuge von diesem oder jenem. Man kommt unter Menschen, sieht und erlebt etwas. Und das könnte einem viel besser gefallen als das Arbeiten in der Fabrik; immer vom Morgen bis zum Abend: Tag für Tag. Man müßte sich's leisten können, das Baronisieren. Wohagen und gut bekommen würde es einem schon. Es ist so ja doch jetzt drängen. Der Knecht und die Knechtin blühen und die Matensonne wärmt und liebt alles. Auf dem Weg nach Friedrichsfelde, wo ich auf dem Wagerviehhof bei einer Kriegsgesellschaft wegen Arbeit vorzusprechen soll, hatte ich dem Lichterberger Stadtpark einen kurzen Besuch ab. Er ist leer. Ich setze mich, auf ein Bänkchen nur, auf eine Bank, lässe in die Kronen der Bäume, die sonst im Morgenwinde rauschen, und schaue der Welt und den Menschen. Immer arbeiten sie. Arbeiten, verdienen, dorben und entschren. Leben, um sich zu töten, töten sich, um zu leben. Es ist keine Ehre und keine Befriedigung, in diesen Zeitläuften zu arbeiten.

Es ist so ländlich in Friedrichsfelde. Kleinstädtlich mit berrinischem Einschlag. Man muß keine Arbeit verlieren, um Gelegenheit zu finden, eine andere Welt kennen zu lernen. Man müßte es so haben, so wohnen können wie der Bär von Friedrichsfelde. In der Seele des Arbeitslosen leimt Leid. Es ist gar nicht so leicht für einen Mann, Beschäftigung zu finden. Ueberall sitzt ein Hausen Leidlichkeit und man hat so das Gefühl, als werde man wie ein Eindringling behandelt und abgewiesen. Ein Mann, der Stellung sucht! So lang noch und nicht im Felde. Noch hier. Noch am Leben. Der hat eigentlich Glück und ist zu beneiden. Hat er auch keine Arbeit und kein Geld, so ist er doch kein heraus.

Im Minnstein liegt in einer Duffacke ein toter Hund. Er ist von einem Straßenbahnwagen angefahren und getötet worden. Es heden einige Menschen um ihn herum, meist Frauen, und blicken aus mitleidigen Augen. Eine, die ein Hündchen auf dem Arm hält, sagt: „Armes Viehchen, daß du so hast enden müssen. Das Herz tut einem weh, wenn man so etwas sieht.“

„Enden jetzt viele noch Mummer und sind Menschen,“ sagte ein Mann. Ein buchtiger Wollschafschäfer. „Das Geheißteste wäre, man vergiftete alle Hunde. 's gibt ja doch nicht zu fressen for sie.“ „Reiner wird noch alle Tage satt.“

„Na ist das noch 'n Hund? Der ist ja nicht wisse größer als 'n Flohloch. Den ist einer alleene zum zweiten Frühstück auf.“

„Das könnte Ihnen so passen, das möchten Sie wohl.“ — Ich werke, daß ich gehe, noch einen Blick auf den Hund und sein Blut. Es ist so rot wie das, das in meinen Adern fließt, und war gewiß nicht schlechter. Es ist nur das Blut eines Hundes und gemahnt doch an den Krieg und der Menschheit namenlosen Jammer.

Schon wieder ein Aufkauf. So zwischen zwölf und Mittag. An der Ecke der Linden- und der Kommandantenstraße. Ich habe nicht viel Zeit, soll mich zwischen elf und zwölf Uhr in einem Buchdruckkontor in der Krausenstraße melden, bleibe aber democh stehen. Was ist passiert?

„Hier, an diesem Laternenmast wollte sich vor Minuten ein Mann aufhängen. Hier liegt noch der Draht.“

„Und einer hebt ein Ende Draht auf aus dem Minnstein und beschaut es auf seine Stärke.“

„Und wo hecht der Mann?“

„In das Haus hier ist er eingerannt. Man müßte einen Schugmann holen oder ihn nach der Insaffstation schaffen. Der scheint verrückt zu sein.“

„Oder man müßte die Feuerwehr rauskloppen. Die ist ja nicht weitab.“

„Ich gehe in das Haus, in das der 'Verrückte' geflüchtet ist. Der Torweg ist schon voll von Normalen. Von geistig Gefunden. Sie drängen und schieben — jeder will das Licht sehen, das sich in der Mittagzeit auf offener Straße erhängen will. Da sitzt es. Auf dem Treppenhof. Vorbirgt das Gesicht und schluchzt.“

„Seien Sie doch gecheit,“ bittet eine Dame in Schwarz die Normalen und nur ein wenig Reuglerigen. Laßt mich allein mit dem Menschen.“

„Und jetzt erhebt sich der Mensch, schwingt drohend einen Stock und heßt etwas. Menschliche Laute sind das nicht, die über seine Lippen flären. Er ist ein noch junger Mann und kräftig gebaut. Er steht einem Bohemien ähnlich. Er will die Treppe höher hinauf, aber die Dame hält ihn fest.“

„Verhügen Sie sich doch,“ sagt sie, „ich werde Ihnen Geld und Arbeit verschaffen.“ Und dann bittet sie wieder die Leute, gecheit zu sein und zu gehn. Na geh. „Ich werde Ihnen Geld und Arbeit verschaffen.“ So müßte jemand zu mir sprechen.

J. A.

„Ritualmord in Ungarn.“

Im Anfang des neunten Jahrzehnts des vergangenen Jahrhunderts war der Ritualmord von Tissa Eklar die große Sache des Antisemitismus. Ein junges Mädchen, sechzehnjährig, war verkrüppelt. So konnte es geblieben sein? Abergläubische und Kanakismus waren auf dem Sprunge, und bald sollte das alte Blutmärchen in den Köpfen der Dorfbewohner von den Hlern der Erde; die Juden haben die Eliber ermordet. Die Antisemiten erkaunten die Gelegenheit, einen Fall zu schaffen. Ueber ein Jahr lang stand Tissa Eklar im Brennpunkt europäischen Interesses. Der die Prozeßgeschichte liest, die mit einem Zusammenbruch der Anklage endete, war erkaunt über die Strupellosigkeit, mit der gegen die Juden gearbeitet wurde.

Diese Vorgänge sind die Unterlage der jüdischen Tragödie „Ritualmord in Ungarn“, die am Montagabend der Dresdener Hoftheater Arnold Karls in einer, aus Konjunkturgründen nicht öffentlichen Veranstaltung der „Jüdischen Vereinigung“ im Hindworth-Schwarzen-Saal vorlos. Der Dichter, Arnold Zweig, hält sich im wesentlichen an die geschichtlichen Linien. Aber er gibt den Vorgängen eine unendliche Ausstrahlung, verknüpft sie mit den Sehnsüchten und den Schmerzen des jüdischen Judentums, und macht das Werk so zu der großen, überzeitlichen Tragödie. Aus der Geschichte des Ritualmordes wird ein Mysterium. Es bewegt sich aus dem Reich Satans, aus Ge-Hinom (der Hölle) über die Erde zum Sitz Gottes, und zwischen den Sphären weben die Geister und Dämonen. Aber der ganze Inhalt ist menschlich. Gott und Satan kämpfen um die „Glorie“, um die Seele Israels. Aus Leid und Verfolgung baut sich das neue Zion auf, das nicht machtpolitisch gemeint ist, sondern als eine Wiedergeburt aus dem Geiste, aus der Religion.

Es ist künstlerisch bewundernswert, wie Zweig die Idee gestaltet. Die realen Vorgänge sind mit Bewußtsein in einem primitiven Stil gehalten. Aber darum ist, wie ein großes Kreisrund, die unendliche Amolyphäre. Das Mysterische ist da als eine lebendige Verbindung, als schillernder Kreis und hallendes Licht. Es gibt Szenen, wie die nächtliche Begegnung der beiden Wanderer, des Propheten Eljahu und des Dämons Pfefferkorn, des Renegaten, oder der Tod des Anaben Moris in der verflüchteten Synagoge, die ein unendlicher Schauer durchweht, und die bei aller Symbolik doch ganz unmittelbar lebend empfunden werden. Eine große Kunst der Seele ist hier am Werk.

Herr Karls durchglühte bei allem guten Können das Werk nicht tief genug, traf auch die charakteristische Linie des Stils nicht ganz. Dennoch schuf er starke, nachhaltige Eindrücke.

Die Dichtung Zweigs ist im Hyperion-Verlag in Berlin erschienen.

P. H.

Hans Thoma über Kunstschaffen.

Als Antwort auf seine Ernennung zum Ehrenmitglied der Freien Gesellschaft in Berlin hat Hans Thoma an diese einen Brief gerichtet, der wegen seines Gehaltes auch in weiteren Kreisen Beachtung verdient. Der Brief wird im Ratheft der Zeitschrift „Kunst und Künstler“ veröffentlicht:

„Ein bald achtzigjähriger darf wohl solche Ehrungen unbedenklich annehmen, wenn sie auch von oft sich entgegengesetzt scheinenden Vereinigungen an kommen. In meinem Alter kennt man keine Befehle mehr, die aus Meinungen und oft recht grauen Theorien entspringen, man kennt nur noch die frei gewordene Kunst, die ihr Recht hat, weil sie ein Spiegelbild der schaffenden Menschenseele sein will; die Zeit des Kampfes hat aufgehört und ich sehe in allen Zweckvereinigungen der Künstler nur die Sorge um das Gedeihen der Kunst und ihrer Entwicklung, die nur in der Freiheit gedeihen kann.“

Als eine Art Rechtfertigung, daß ich bei diesen Vereinigungen Ehrenmitglied bin, erlaube ich mir es auszusprechen, daß, wenn ich ja ein Kämpfer war, ich nur damit zu tun hatte, in stiller Art meine eigene Freiheit des Schaffens zu behaupten; wenn ich dadurch ungewollt auch zu einem Kämpfer für die Kunst im allgemeinen wurde, so kommt das von der Ausdauer, mit der ich gegen diese meine Gegner durch mein langes Leben hindurch nicht behauptet habe.

Künstler können ja doch nur geistlich ihrem Wesen nach schaffen, wenn sie sich frei, frisch, fromm und froh fühlen — vor solchem Schaffen kann keine Dogmatik schädlich wirken. Wir müssen zu dem Vertrauen kommen, daß alle Bestrebungen in der Kunst aus dem ernststen Willen hervorgehen, das zu suchen und zum Ausdruck bringen zu wollen, was in der Seele meist unbewußt verborgen liegt und nach Gestaltung verlangt; wie die sich formt, können wir nicht überwachen, weiß es der Künstler meist vorher

Hansson schien es, als hätte nie ein Wagen so niederträchtig geknirscht. Er piff und schrie förmlich nach dem Amtmann.

„Der Wolf schläft“, flüsterte der Fuhrknecht. Hansson lachte, schüttelte aber den Kopf. Im selben Augenblick erhoben sich hinter dem großen Stein drei Männer. Es war der Wolf mit seinen Knechten.

„Prrr!“ sagte der Wolf und trat auf den Steg. Der Fuhrknecht hielt sogleich das Pferd an.

Die Schwarze Värin machte bei dem Ruf auf, erblickte den Mann auf dem Wege und begann sofort zu singen: „Willst du einen Platz bei mir?“

Hansson ließ sie schweigen.

„Ach so, du liegst und sonnst dich“, sagte er zu dem Amtmann.

„Was hast du in den Fässern?“ fragte dieser.

„Konfekt,“ antwortete Hansson und kraute sich hinterm Ohr.

„Kann ich mir denken. Das möchte ich mal probieren,“ grinste der Wolf und gab seinen Knechten ein Zeichen, die bereitwillig herantamen.

„Hört hat mir versprochen, ich dürfe soviel Alkohol mitnehmen, wie ich will,“ sagte Hansson trohig. „Wir haben den Kuolja untergekriegt,“ fügte er erklärend hinzu.

„Sehr nett für euch, aber mich kriegt du keinesfalls unter.“ Der Wolf deutete auf die Fässer. „Ladet das Konfekt ab,“ befahl er den Knechten. Da begann die Schwarze Värin zu toben und zu schreien.

selber nicht. — Mit gegenseitigem Vertrauen ist es möglich, über alle mitlaufenden Irrtümer hinweg zur guten Kunst zu gelangen. Mit deutschem Gruß ergeht Hans Thoma.

Vorschläge zur Bekämpfung der Sarsflechtenepidemie.

Zur Hinsicht auf die gegenwärtig stärker als sonst auftretende, z. T. epidemische Sarsflechtenepidemie — werden vom Stadtsarzt Dr. Weizowsky beachtenswerte Vorschläge in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ gemacht. Es wird dabei festgestellt, daß selbst beim epidemischen Auftreten der Sarsflechte bisher niemals ein solches Anschwellen der Zahlen beobachtet wurde wie jetzt. Es handelt sich also darum, daß alle in Frage kommenden Stellen energische Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung der Sarsflechtenepidemie innerhalb des Militärs und der Zivilbevölkerung ergreifen. Unter den Maßnahmen, welche die Kerze betreffen, wird besonders empfohlen, daß das Reichsgesundheitsamt zur Belehrung der Kerze eine ausfallende Schrift über Ursachen, Verlauf und Behandlung der betreffenden Sarsflechten ausarbeiten möge, wie dies in gleicher Weise für die anderen übertragbaren Krankheiten üblich ist. Als unbedingt erforderlich wird die Einführung einer Anzeigepflicht mit Angabe der Infektionsquelle vorgeschrieben. Schon diese Maßnahme würde bewirken, daß z. B. die Kräfte viel mehr Vorsicht üben, wodurch die Zahl der Übertragungen erheblich verkleinert werden könnte. Denn die Hauptursache für die Weiterverbreitung der Epidemie in der Zivilbevölkerung liegt in den Kaiserbädern. Schließlich sollen die praktischen Kerze auch dadurch unterzucht werden, daß die Kerzen in erforderlichen Fällen die Genehmigung zur Behandlung mit Königstrahlen geben. Für die Sarsflechtenkranken selbst sollte ein Wechselblatt herausgegeben werden. Auf diesem ist ihnen mitzuteilen, daß die Erkrankung hauptsächlich beim Rasieren durch untaubere Hände, durch beschnittene Hände und durch infizierte Rasierpinsel, Säufis aber auch durch kranke Katzen, Hunde, Pferde usw. übertragen wird. Jeder Kranke sollte seinen eigenen Rasierpinsel vernichten. Auch über das Baden, über Halsbänder, Kragen usw. sollten bestimmte Anweisungen verbreitet werden. Auf jeden Fall ist der von Dr. Weizowsky geäußerten Meinung zuzustimmen, daß einer weiteren Verbreitung der Sarsflechtenepidemie nur durch systematische, behördlich geregelte Maßnahmen gesteuert werden kann.

Notizen.

— In der Gesellschaft für Erdkunde sprach zur Feier ihres 50jährigen Bestehens der schwedische Forschungsreisende Sven Hedin über die Kenntnis des innerasiatischen Tibet im Besitze der Japaner. Er führte in dreifacher Weise vor, was die asiatische Welt, was die asiatische Kultur und die neueren Zeiten von dem Lande wußten oder fabelten. Besonders war es besonders zu sehen, wie bis in die letzten Jahrhunderte auf Grund der Angaben des arabischen Geographen Rostandus falsche Vorstellungen von dem flüchtigsten Tibet und Indien sich erhielten. Hedin selber hat in seiner letzten Reise, deren Ergebnisse er jetzt in großen Werken bearbeitet, die letzten Probleme Tibets lösen helfen. Die nicht gelehrte Publikum stante dann auch auf, als er von den alten Karten zu eigenen Eindrücken überging. Aber, das höchste, durch die höchsten Gebirge ringum verkorridorierte und bis in die neueste Zeit dem Fremden verschlossene Land ist vom Weltkrieg nicht berührt worden. Im Gegenteil, es hat vor den raubgierigen Nachbarn — den Russen wie den Engländern — Ruhe bekommen.

— Theater in der Frankfurter Alee nimmt sich eine neuangebaute Gartenbühne, die am Mittwoch, den 15., abends 7 Uhr mit der Aufführung des dreifachen musikalischen Schwanks „Was man aus Liebe tut“ von Lipschitz und F. Gläfer, Musik von Eduard Kauer, eröffnet wird.

— Kunstchronik. Die Kunsthandlung Reich Gurlitt, Notdamer Str. 113, eröffnet am Dienstag eine Ausstellung der graphischen Arbeiten von August Blun aus München.

— Goethes Urfaust, die geniale erste Fassung des Faustproblems aus seiner Sturm- und Drangzeit, die ein glänzendes Gesicht lange Zeit nach Goethes Tode wieder in einer geheimen Umschrift aus Licht führte, wurde im Frankfurter Schauspielhaus mit großem Erfolge auf die Bühne gebracht.

— Zum 50. Geburtstag des Berliner Pädagogen Dr. Magnus Hirshfeld ist eine Festschrift des wissenschaftlich-humanitären Komitees im Verlage von W. Spohr (Leipzig) erschienen mit Beiträgen von Ernst Haedel, August Jorel, Paul Kammerer, Friedrich S. Krauß, Dr. Ivan Bloch, Dr. Lipschitz, Dr. Baer u. a. Sämtliche Arbeiten beschäftigen sich mit der Bedeutung Hirshfelds für das der Naturforschung neu erschlossene Gebiet der Sexualwissenschaft.

— Dänemarks Millionäre. Das durchschnittliche Einkommen in Dänemark ist, wie aus Maas Bureau aus Kopenhagen gemeldet wird, um 88 Proz. gestiegen. Im Jahre 1916 gab es in Dänemark 500 Millionäre gegen 227 im Jahre 1908. Von diesen 500 hatten 400 ein Vermögen von 1 bis 5 Millionen Mark. 32 besaßen 5 bis 10 Millionen, 7 andere 10 bis 20 Millionen und einer mehr als 20 Millionen.

Pioniere.

Roman aus dem Norden von Ernst Didring.

Er war auf dem Rückwege von Norwil und fuhr mit dem Fuhrknecht bis an die Grenze. Es war sonnig und warm und schön. Als er die Schwarze Värin sehr schläfrig am Wegrand sitzen sah, hob er sie auf die Pramweinsässer. Alle Menschen sollten es an so einem Tage gut haben, dachte Hansson, auch wenn sie sich manchmal schlecht betragen hatten, wie zum Beispiel die Schwarze Värin, die die Geschichte von der Bergschlacht nicht für sich behalten konnte.

Die Schwarze Värin war für Hanssons Aufmerksamkeit, sie zum Mitfahren aufzufordern, nicht undankbar. Sie sang die gemeinsten Lieder, die sie wußte, auf dem ganzen Wege bis an die Grenze, so daß selbst die Polarreisende erbeute und die Schneeberge erröteten. Alle Lieder schlossen regelmäßig mit dem schönen Rehrim: „Willst du einen Platz bei mir?“ in einer traurigen Melodiarart, die Hansson auf tiefste rührte und ihn insgeheim finstere Pläne schmiedete, wie er gelegentlich einmal Waja durchbrennen könnte.

Schon sah man zur Seite des Wegs das Haus des Amtmanns. Hansson war gespannt, wie es wohl mit der Fuhrre werden würde, da der Oberingenieur die Bestimmungen über die Alkoholausfuhr in der letzten Zeit verschärft hatte, aber er verließ sich auf Hjorts Versprechen und sein gutes Glück.

Aus dem Hause stieg Rauch auf. Violett sah sie da oben gerade beim Essen, so daß sie das Fuhrwert nicht gewahr würden. Die Schwarze Värin hatte er glücklich zum Schweigen gebracht. Sie sah still und lachend mit dem Rücken gegen die Fässer neben ihm im Wagen.

Hansson gab dem Fuhrknecht einen Rippenstoß und deutete auf das Haus. Der Mann verstand und antwortete mit einem schlauen Grinsen. Er zügelte das Pferd und ließ froh der Wagen näher an die Grenze heran. Wenn sie erst an dem großen Stein rechts vorbei waren, konnten sie sich eiligst aus dem Staube machen. Aber noch war es besser, so unhörbar wie möglich zu fahren.

„Was hast du in den Fässern?“ fragte dieser.

„Konfekt,“ antwortete Hansson und kraute sich hinterm Ohr.

„Kann ich mir denken. Das möchte ich mal probieren,“ grinste der Wolf und gab seinen Knechten ein Zeichen, die bereitwillig herantamen.

„Hört hat mir versprochen, ich dürfe soviel Alkohol mitnehmen, wie ich will,“ sagte Hansson trohig. „Wir haben den Kuolja untergekriegt,“ fügte er erklärend hinzu.

„Sehr nett für euch, aber mich kriegt du keinesfalls unter.“ Der Wolf deutete auf die Fässer. „Ladet das Konfekt ab,“ befahl er den Knechten. Da begann die Schwarze Värin zu toben und zu schreien.

„Wir nehmen sie auch, wenn sie Lärm macht,“ bestimmte der Wolf. Die Knechte packten sie energisch bei den Beinen, holten sie vom Wagen herunter und trugen die Pappelnbe und Schreie zum Hause hinauf.

„Hört du nicht, was ich sage?“ beharrte Hansson. „Hört hat es mir versprochen.“

„Hast du das schriftlich?“ fragte der Wolf.

Hansson schüttelte den Kopf. „Staubst du mir nicht auf mein ehrliches Gesicht?“ versuchte er zu scherzen, um den Amtmann milde zu stimmen.

„Ehrlich, sagst du?“ wiederholte der Wolf. „Was steht

du hier und glogt?“ fuhr er den Fuhrknecht an, der vom Wagen heruntergesteigert war und nun gaffend dastand.

„Mach, daß du wegstommst, sonst geht's dir auch ischlecht. Von Pferd und Wagen siehst du nie mehr eine Spur.“ Der Wolf packte den Mann am Arm, drehte ihn um und beförderte ihn mit einem Fußtritt auf den Weg.

„Die Schmutzgelei soll ein Ende haben!“ schrie er Hansson an.

„Das ist gelogen,“ antwortete dieser tief verlegt. „Ich bin kein Schmutzgelei. Ich habe Vollmacht von allen Kameraden.“ Er juchte in der Tasche.

„Nemüde dich nicht,“ sagte der Wolf. „Eine Vollmacht von Hjort wäre mir lieber gewesen.“

Hansson stand und überlegte, ob er die Gelegenheit wahrzunehmen und alle alten Differenzen mit dem Amtmann jetzt auf einmal erledigen sollte, während sie allein waren. Es fröbelte ihm richtig in den Fingern, und wären nicht die beiden Knechte wieder aufgetaucht, so hätte es auf dem Wege wohl eine Kellerei gegeben.

Der Wolf, der die ganze Zeit dastand und seine Pfeife rauchte, stellte sich noch breitbeiniger hin, als wolle er damit zeigen, wer hier der Herr war. Als die Knechte sich auf den Wagen schlangen und dem Hause zufuhren, grinste er nur und frostete hinterdrein.

„Dwi!“ spuckte Hansson hinter ihm aus. „Das sollst du blühen.“

Hansson war tief gekränkt. Er schmiedete alle möglichen Rachepläne gegen den Amtmann. Die ganze Schlacht werde hergehen und dem Wolf das Haus anstecken und die ganze Stube totschlagen. Dreißig Flaschen Kognat und fünfzig Liter Sagnaps! Ja, das war eine feine Sache! Da würde der Wolf eine feile Woche haben, denn er trank gern. Und dann obendrein seinem Wort nicht glauben. Das sollte Hjort nur wissen, dann kam es anders. Dumm, daß er sich das Versprechen nicht schriftlich hatte geben lassen, dann brauchte er jetzt nicht wie ein Idiot ohne einen Tropfen auf der Landstraße zu stehen. Was würden seine Jungsens sagen? Ihn würden die Ohren ganz heiß.

(Fortf. folgt)

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
 7 1/2 Uhr: Tobias Buntschuh.
 Kammerstücke.
 8 Uhr: Nummern.
 Volkshöhne.
 Theater am Blüowplatz.
 Untergrund. Schön. Tor.
 8 Uhr: Hanneles Himmelfahrt.

Theater des Westens
 Allabendlich 7 1/2 Uhr:
 Leopoldine Konstantin in
Die Tänzerin.

Theater in Königgrätzer Str.
 7 1/2 Uhr: Die Schwestern
 und der Fremde.
Komödienhaus
 7 1/2 Uhr: Die Zarin.
Berliner Theater
 7 1/2 Uhr: Blützblaues Blut.
Theater der Friedrichstadt.
 Foko Friedrich- u. Lindenstr.
 Nord. 8630. Täglich 7 1/2 Uhr:
Familie
Hannemann.
 Hans Junkermann, v. Möllendorff
 Altona Torning, Richard Georg.
Walhalla-Theater.
 7 1/2 Uhr:
Donauliebchen.

Theater für Mittwoch, 15. Mai.
Central-Theater
 Kommandantenstraße 57.
 7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin
Deutsches Opernhaus
 7 Uhr: Rigoletto.
Friedrich-Wilhelmst. Theater
 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Kleines Theater
 8 Uhr: Die Hausdame.
Komische Oper
 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
Lustspielhaus 7 1/2 Uhr:
 Die blonden Mädels v. Lindenhof
Residenz-Theater
 7 1/2 Uhr: Der junge Zar.

Metropol-Theater
 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.
Neues Operettenhaus
 7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.
Schiller-Theater O
 7 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg.
Schiller-Th. Charl.
 7 1/2 Uhr: Der letzte Funke.
Thalia-Theater
 7 1/2 Uhr: Unter der blühenden Linde
 Theater am Nollendorferplatz
 3 1/2 Uhr: Othello.
 7 Uhr:
Variétheater

WINTERGÄRTEN
 Paul Göbel
 der Urkomische
Chester Dieck
 Exotischer Radfahrakt
 „Durga“
 das liegende Piano
 sowie der große
Mai-Spielplan!

Casino-Theater
 Lothringer Str. 37. Tägl. 7 1/2 u. 8 U.
 Nur noch kurze Zeit
 das heitere Familienbild
Anna's Traum.
 Vorher erstl. Spezialitäten.
 An allen Feiertagen 4 Uhr:
Maiznauer.

NATIONAL-THEATER
 Cöpenicker Str. 63 (früher Deutsch-Amerikanisches Theater) Cöpenicker Str. 68.
 Mittwoch, den 15. Mai, 7 1/2 Uhr:
Uraufführung!
Mäus'chen.
 Militärschwank von Müller-Malberg, Texte von Willi Steinberg.
Musik Walter Bromme.
 Rekrut Rüstiel: Karl Wessel. Tänze: Ballettmeister Mangelsdorff.

WINTERGÄRTEN
 Paul Göbel
 der Urkomische
Chester Dieck
 Exotischer Radfahrakt
 „Durga“
 das liegende Piano
 sowie der große
Mai-Spielplan!

Apollo-
 Theater
 Friedrichstr. 218
 7 1/2 Uhr: **Paul Beckers**
Deutschlands
bester Komiker
 sowie 12 erste
 Variété-Attraktionen
 Sonntag 3 1/2 Uhr jeder
 Erwachs. 1 Kind frei!

Büsch
 Tögl. 7 1/2, 3 1/2 u. 7 1/2
 Die beliebteste
 Ausstattungs-Pantomime
Frühlingsspiele
 in 4 Akten
 mit der lustigen
Wasserszene!
 Vorher:
Das neue Mai-
Programm.

Casino-Theater
 Lothringer Str. 37. Tägl. 7 1/2 u. 8 U.
 Nur noch kurze Zeit
 das heitere Familienbild
Anna's Traum.
 Vorher erstl. Spezialitäten.
 An allen Feiertagen 4 Uhr:
Maiznauer.

Trianon-Theater
 Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2391
 7 1/2 u. 8 Uhr: **Der**
Lebensschüler.
 Wüst, Kaiser-Titz, Bildt, Pflink
 Donnerst. 7 1/2 u. 8 Uhr: Rotkäppchen.

Admiralspalast.
 Novität
Die Prinzessin von Tragan!
 Sajdah Deutsche Tänze
 7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

Rose-Theater.
 7 1/2 Uhr:
Wachstelzchen.
Berliner Prater-Theater
 Rastanienallee 7-9.
 Tägl. 1. Pflanztag täglich 4 1/2 Uhr:
Im Wollentragemeier.
 Große Polster-Revue in 6 Bildern
 v. Max Dorst u. Harry Schreyer.
 Dazu: die großartigsten
 im 1. u. 2. Pflanztag:
Große Militär-Früh-Konzerte.
 Anfang 6 Uhr.

Reichshallen-Theater.
 Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Stettiner Sänger.
 Reichshallen-Saal 7 1/2 Uhr:
Großes Bühnen-Konzert.

Wie ein Wunder
 befehligt 122212
 San-Rat **Hausfalbe**
 jed. Hautausschlag, Flechten,
 Hautjucken, bei. Scin-
 ichäden, Krampfadern
 der Frauen u. dergl.
 Zufolg. erfolgt per Nachn.
 Eifanten-Apothek, Berlin.
 Leipziger Str. 74
 (am Dönhofsplatz).

Verkäufe
 Holzräder aller Größen,
 Leinwand, eigenes Fabrikat,
 billig. Weißbrot, Brunn-
 str. 96. 1072*

Wollwaren, Tafeldecken
 u. dergl., alle Jahrs-
 str. 2022. 1848*

Selbstgeknäuel aller Art
 liegt zu den billigsten Preisen
 überaus. Silberfäden.
 Vorkauf, Wollwarenstr. 7. *

Wollwaren, Stoffe, Tülldecken
 u. dergl., alle Jahrs-
 str. 2022. 1848*

Selbstgeknäuel aller Art
 liegt zu den billigsten Preisen
 überaus. Silberfäden.
 Vorkauf, Wollwarenstr. 7. *

Wollwaren, Stoffe, Tülldecken
 u. dergl., alle Jahrs-
 str. 2022. 1848*

Selbstgeknäuel aller Art
 liegt zu den billigsten Preisen
 überaus. Silberfäden.
 Vorkauf, Wollwarenstr. 7. *

Hias ein feld-
 graues Spiel
 Täglich 7 1/2 Uhr abends
 Heute nachm. 3 1/2 Uhr:
Familien- u. Schüler-Vorstellung
 zu kleinen Preisen
Palast-Theater am Zoo
Nähmaschinen
 gebraucht, einzeln sowie in Posten zu höchsten Preisen zu
 kaufen gesucht. Angebote unter V. 1179 an
Hansenstein & Vogler, Berlin.

Möbel
 Gelegenheits-Käufe, allergünstig, Schweizer moderner
 Speisezimmer, Buffet mit
 reichem Kristallverglasung, Kom-
 plekt 2000,-, Derrungzimmer,
 sehr gediegen, 1450,-. Möbel-
 haus Wien, Nr. 30, Andreas-
 str. 30. 215/15*

Möbel-Kauf, im Osten,
 Große Frankfurterstr. 58, im
 Norden Wollstr. 47/48, lie-
 fert auf Kredit an jedermann
 bei kleiner An- und Abzahlung
 ganze Wohnungs-Einrichtungen
 und einzelne Möbelstücke sowie
 farbige Küchen-Einrichtungen in
 bester Ausführung. Besichtig-
 ung meiner Möbel ohne jeden
 Kaufzwang gern gestattet.
 Große Plauder bei Kranich
 und Arbeitslosgkeit. Kriegs-
 beschädigte erhalten Rabatt.
 Annonce mitbringen, Wert
 5 Mark. Lieferung frei Haus.
 2. Feiertag 8-10 geöffnet.
 1669*

Möbel-Kredit an jedermann.
 Kleinste Anzahlung, bequemste
 Abzahlung, größte Rücksicht.
 Landwehr, Müllerstr. 7,
 eine Treppe. Neue Schilder
 beachten. 2. Feiertag 8-10 ge-
 öffnet. 669*

Möbel-Kauf liefert in großer
 Auswahl komplette Wohnungs-
 Einrichtungen sowie reizende
 moderne Küchen bei bequemer
 An- und Abzahlung. Rath,
 Elfenstr. 44, am Oranien-
 burger Tor. 1388*

Möbel-Kauf, großes Bild,
 Bettstelle mit Matratze, Wäsche-
 schrank, Spiegel mit Spind, Tisch,
 Büchertische. Verkauf Don-
 nerstag 4-7 Uhr. Kaufhaus,
 Kaiser-Friedrich-Str. 21, Hof I
 rechts. 2266*

Pianos, seltene Gelegen-
 heiten, 700,00 aufwärts, Blüth-
 nerpianos, Bechsteinpianos,
 Schwabepianos, Bielepianos,
 Tausenpianos, Reuselpianos,
 Luanpianos, Spaechepianos,
 Friedländerpianos, Mühlner-
 Flügel, Friedländerflügel, Kri-
 ger, Neue Königsstr. 31 (Alex-
 anderplatz). 215/15*

Pianos, neue und gepolste;
 Gelegenheiten in moderner
 Ausführung. Kriegsbeschädigte
 nehmen in Zahlung. Berlin,
 Pianofabrik, Kottbuserstr. 5.
 268*

Harmonium mit eingebautem
 Spielapparat, auch ohne Noten-
 fenntnisse spielbar, 485,-, Pa-
 tentharmonium 195,-, Har-
 moniumspielapparat 95,- (in-
 klusive Noten), elegantes Salon-
 harmonium billig, eventuell
 Teilzahlung. Berger u. Co.,
 Oranienstr. 166, III. 1182*

Konzertpiano, elegantes,
 schwarzes Prachtstück, gebraucht,
 875,-, Tafelklavier 245,-, ver-
 kauft Ernst, Oranienstr. 166,
 III. 1183*

Platinabfälle per Gramm bis
 7,80 Mark, Ketten, Ringe,
 Besteck, Uhren, Taselauflage,
 Treifen, photographische Rück-
 stände, Papiere, Glührumpf-
 oche, alte Zahngelbte, silber-
 schmelztaures Silber, deren
 Rückstände und Gefüge ufw.
 kauft Platin- und Silber-
 schmelzerei Broh, Berlin, Cöpe-
 nickerstr. 29. Telefon:
 Wollplatz 8476. Eigene
 Schmelze, direkte Verwertung.
 171*

Elektrische Leitungsdrähte,
 Kabel, Eisen kauft preiswert
 Edel, Moabit, Kirchstr. 18,
 born. 1778*

Platinabfälle Gramm bis
 7,80! Zahngelbte! Ketten!
 Ringe! Militärartikel! Glühr-
 umpf-oche! Platinabfälle! Glühr-
 umpf-oche, Schmelzerei, Metall-
 Einkaufsbureau, Weberstr. 31,
 Telefon Alexander 4243. 261*

Friedenslade, Bleiweiß,
 Material kauft Walerei
 Böls, O.B., Reuenburgerstr. 16,
 Wollplatz 8861. 1898*

Wachswalzen, auch ge-
 brochene, bis Mark 1,00, kauft
 Rogens, Oranienstr. 181. *

Weinorte, gebrauchte und
 neue, kauft jeden Posten zu
 guten Preisen mit Genehmigung.
 Rademstein, Charlotten-
 burg, Wollplatzstr. 3a.
 1772*

Getrocknete, gebrauchte und
 neue, kauft jeden Posten zu
 guten Preisen mit Genehmigung.
 Rademstein, Charlotten-
 burg, Wollplatzstr. 3a.
 1618*

Styppmaschine für Schuh-
 macher kauft Gemeinde-Kriegs-
 beschaffung, Neu-Tempelhof,
 Telefon 986. 268*

Grammophonplatten, alte oder
 gebrochene, werden gegen neue
 eingetauscht, zum selbigen
 Höchstpreise angekauft. Phonog-
 graphen-Kauf, Alexanderplatz
 und Filialen. Telefon Königs-
 stad 49. 267/17*

Wade für helle Wade bis 18,-
 Mark, Bleiweiß sowie sämtliche
 Materialien kauft Walerei
 Börsowski, Gneissaustr. 5,
 (Nollendorferstr. 279). 2403*

Pianos kauft Rev. Lands-
 burgerstr. 75. (Preisangebote).
 215/17*

Piano, eventuell Flügel, kauft
 Kleinfeld, Stralauerstr. 28,
 (Preisangebote). 1182*

Klavier, gebrauchtes, kauft
 Schachtel, Schachtelstr. 14,
 III. (Preisofferten erbitten
 brieflich). 1182*

Pandwagen, auch defekte,
 kauft viele, Spandauerbrücke 6.
 245/0

Handolinen, Lautenspiel,
 Gitarrenspiel, Dreimonatskurse
 zur perfekten Ausbildung, 6-
 Monatskurs (gesunde
 Schellackur), Lehrinstrumente
 billig. Klavier, Violin-
 schellackur. Ernst, Oranien-
 str. 166, III. 1182*

Vermietungen
Wohnungen
 Hofwohnung, drei Zimmer,
 Küche, Rosenhaldenstr. 39.
 245/2*

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
 Schlosser auf Militärarbeit
 verlangt Ed. Fuhs, Tempelhof,
 2738*

Dreher, Hobler, Schloffer,
 Profen verlangen Fischer u.
 Co., Brunnenstr. 156. 258*

Schuhmacher für gute Arbeit
 und Kriegsbeschaffung stellt ein
 Gemeinde-Kriegsbeschaffung, Neu-
 Tempelhof, Berlinerstr. 1. 268*

Tätigen Automobilschaff-
 nemer verlangt Buch-
 druckerei C. Wetten, Nieder-
 schönweide, Bräudenstr. 30.
 4190*

Tätigen Fiedelbrunn-
 nemer verlangt Buch-
 druckerei C. Wetten, Nieder-
 schönweide, Bräudenstr. 30.
 4190*

Wohnungsmesser für Mö-
 beln verlangt Buchdruckerei
 C. Wetten, Niederhöneide,
 Bräudenstr. 30. 4130*

Reparaturschlosser für bau-
 ernde Beschäftigung sucht
 Buchdruckerei C. Wetten,
 Bräudenstr. 30. 2266*

Mechanische Anfertiger ver-
 langt Buchdruckerei C. Wetten,
 Niederhöneide, Bräuden-
 str. 30. 4130*

fantasieschmied, Tätige Lieber-
 rinnen und Vinderinnen finden
 dauernde Stellung bei H. u.
 J. Freyhadt, Romanbanten-
 str. 77/78. 22526

Zuverlässiger Arbeiter
 der mit Handfäden usw. Beschäftigt, findet dauernde Be-
 schäftigung.
Dr. Max Lehmann & Co.,
 6152 | Chemische Fabrik, SW 47, Dreieckstr. 26.

Größere Anzahl Schmiede
 und **Schürmeißer**
 auf Eisenarbeiten sofort und
 später verlangt 1212*

Alex. Herman G. m. b. H.,
 Berlin-Tempelhof,
 Kaiser-Wilhelm-Str. 10-11.

Werkzeugmacher
 militärisch
 geht auf Schritte und
 Stangen, sucht sofort
Knopffabrik Hübner,
 Marktstr. 5. 5122

10 bis 12 Grauguß-
putzer 5049*
 stellt ein Fertigung Aktien-
 gesellschaft, Berlin-Neu-
 berg, Dergbergstr. 122/124.

Züchtiger erfahrener
Kontrollleur
 für Dreherei sowie tüchtiger,
 tüchtiger **Nachwächter**
 wird sofort verlangt. Maschinen-
 fabrik Vogeler, Alt-Moabit 1.

Portierstelle
 mit Wohnung u. Laden, Rollen-
 str. 12. Ert. Ost, Salsche
 Straße 12. 55/9*

Lehrfräulein
 für Verkauf suchen 189/19
 Damenkonfektion Gebrüder
 Neumann, Turmstraße 33.

1 Zimmermann
 sofort 55/13
Alex. Herman G. m. b. H.,
 Berlin-Tempelhof,
 Kaiser-Wilhelm-Str. 10/11.

1 Laufmädchen
 sofort 55/14
Alex. Herman G. m. b. H.,
 Berlin-Tempelhof,
 Kaiser-Wilhelm-Str. 10/11.

Gesucht
Metallwarenfachmann,
 bewandert im Schnitt-, Stanz- und Zieh-
 verfahren, mit den neuen Arbeits-
 verfahren vertraut. Bewerber, die mit dem
 Kalkulations- und Zeichnungs-
 wesen und Lohnwesen bekannt sind
 an selbständiges Arbeiten gewöhnt sind,
 wollen sich schriftlich mit Angabe der bisherigen
 Tätigkeit, des Alters und der Militärverhältnisse
 melden. 5192

Heinze u. Blanckertz
Federstahlwerk
 Berlin NO 43.

sucht für ihre Flugzeugfabrik
Schweißer, Schweißerinnen,
Klempner, Schlosser.
 Meldungen erbeten an die 4782*
 Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft,
 Hennigsdorf bei Berlin, Tor 3.

Zimmerleute, Erdarbeiter,
5 Schachtmeister 22576*
 für dringende Bauearbeiten für sofort.
 Bauunternehmung Leonhard Woll, München-Berlin.
 Anmeldungen: Berlin, Köpenickerstr. 5.

Austrägerinnen
 für den „Vorwärts“
 werden eingestellt in folgenden Filialen:
Berlin: Bärwaldstr. 42, Markastr. 36.
Schöneberg: Meiningen Straße 9.
Steglitz: Bornsee, Mommsenstraße 59.
Charlottenburg: Sosenheimer Str. 1.
Weißensee: Wastielewski, Berliner Allee 11.
 Meldszeit von 11 bis 1 1/2 Uhr und 4 1/2 bis 7 Uhr.

Maschinenflößer
 und solche, die schon auf Werk-
 zeuge gearbeitet haben, zu so-
 fortl. Eintritt gesucht.
Heinze & Blanckertz
 Holz-, Stanz- und Ziehwerk
 5022
 Oranienburg,
 Kremmerer Straße 43.

Dreher und Schlosser,
 gelernt, verlangt 5012*
Armin Tenner,
 Berlin O 112, Alt-Boxhagen 9, Betriebsbureau.
Radler auf Schirmgestelle
 suchen Hofmann u. Co.,
 Scandenburgstr. 6. 55/8*
Aufwärterin
 sucht Wraffman, Dresdener
 Straße 84. 55/10

Zeitungsträger
 für den „Vorwärts“ wird ein-
 gestellt. Passend für Innendienst.
Zeisel, Lichtenberg
 Wartenbergstr. 1.
 Reibzeil 11-1 1/2 u. 4 1/2-7 Uhr. 5212

Werfmeister
 mit langjähriger Erfahrung in der Gas- und Wasserleitungs-
 Kramaturen-Fabrikation für dauernde Stellung gesucht.
Schwidlinsky & Co.,
 Berlin S 42, Prinzenstr. 96.

Die dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage geschlossen.

140. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Dienstag, den 14. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: Dr. Friedberg, Dr. Drews, Hergt.
Die Aussprache wird bei dem gestern zurückgestellten Artikel II fortgesetzt. Danach wird u. a. ein Verständigungsausschuss aus Mitgliedern beider Häuser gebildet, wenn die Erste Kammer einem Beschlusse des Abgeordnetenhauses zum Haushaltsplan nicht beiträgt.

Dazu liegt ein Antrag Dr. Porisch (Z.) vor. Er verlangt die Durchzählung beider Häuser, wenn eines der beiden Häuser den Haushaltsplan im ganzen ablehnt, nach dem Zusammenritte des Verständigungsausschusses. Bei diesen Durchzählungen sollen nur so viel Mitglieder der Ersten Kammer stimmberechtigt sein, als die Mitgliederzahl des Abgeordnetenhauses beträgt. Die Herabsetzung der Stimmenzahl der Mitglieder der Ersten Kammer erfolgt durch Ausschreibung der erforderlichen Zahl der zuletzt berufenen Mitglieder.

Abg. Dr. Ludwig (natl.): Wir haben große Bedenken und lehnen den Antrag ab.

Abg. Bell (Z.): Wir sind von national-liberaler Seite ausdrücklich aufgefordert worden, diese Lücke auszufüllen und wir nehmen das Gute auch von anderen Parteien.

Finanzminister Dr. Hergt: Die Durchzählung würde das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses nicht wesentlich beschränken. Die Regierung könnte dem Antrage zustimmen.

Abg. Boisky (natl.): Die überwiegende Mehrheit meiner Freunde wird für den Antrag stimmen.

Abg. Meyer-Franfurt (Sp.): Wir sind gegen den Antrag. Das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses darf nicht noch verächtlicher werden.

Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.): Wir sind gegen den Antrag.

Abg. Dr. v. Kries (L.): Wir werden für den Antrag stimmen.

Abg. Leinert (Soz.): Schon die ursprüngliche Regierungsvorlage enthält wesentliche Erweiterungen des Herrenhauses auf Kosten des Abgeordnetenhauses. Dieser Antrag geht darin noch weiter und will die Bedeutung des kommenden Hauses des gleichen Wahlrechts noch mehr einschränken. Wir lehnen den Antrag ab.

Der Zentrumsantrag wird darauf mit dem Artikel II angenommen.

Artikel III wird angenommen.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhause.

§ 1, der festsetzt, wer wahlberechtigt ist, wird ohne Aussprache angenommen.

§ 2 behandelt den Ausschluß von der Wahlberechtigung.

Abg. Dr. v. Kries (L.) begründet einen konservativen Antrag, wonach ausdrücklich erklärt werden soll, daß Personen, die die bürgerlichen Ehrenrechte verloren haben, vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Ein Zentrumsantrag, der Erleichterungen fordert, wird abgelehnt, nachdem sich Minister des Inneren Dr. Drews und Abg. Boisky (natl.) dagegen, der Abg. Lewin (Sp.) dafür ausgesprochen hatten.

Abg. Leinert (Soz.):

Neben dem Reichsstrafgesetzbuch soll gar noch ein besonderer Verlust des Wahlrechts neben dem allgemein festgelegten Verlust geschaffen werden, indem auch bei Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte immer das Wahlrecht entzogen werden soll. Auf diese Weise wollen Sie mit aller Positivisterei die Zahl der Wähler vermindern. Denselben Charakter hat der Ausschuß wegen rückständiger Steuern. Diejenigen, die ihr Vermögen verloren haben oder sonst in Notlage gekommen sind, die wollen Sie noch obendrein mit Wahlrechtsverlust bestrafen — statt daß jetzt in dieser Zeit so schwerer Opfer mit allen Plakereien Ersatz gemacht würde! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der konservative Antrag wird angenommen. Am übrigen bleiben die Beschlüsse zweiter Lesung unverändert.

Das gleiche Wahlrecht.

Es folgt der § 3. Danach hat jeder Wähler eine Grundstimme. 4 Zusatzstimmen können hinzukommen: (Pluralwahlrecht nach dem Weichsel 2. Lesung.)

Die fortschrittliche Volkspartei beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage, also Einführung des gleichen Wahlrechts. Die gleiche Forderung stellt ein Antrag Lucas (nl.) Ein Antrag Lohmann (nl.) fordert zwei Zusatzstimmen.

Abg. Dr. Porisch (Z.): Auch diejenigen meiner Freunde, die sich zunächst entschlossen hatten, gegen das gleiche Wahlrecht zu stimmen, werden heute dafür stimmen. Den Kommissionsbeschlusse lehnen wir ab. Die endgültige Stellungnahme zum Antrag Lohmann befallen wir uns vor.

Abg. v. Kardorff (S. L. Z.): Der Antrag Lohmann enthält wertvolles Material für eine Urrede zur Verständigung. Aber ich muß sagen, daß der Vizepräsident des Staatsministeriums sich gleichwohl nicht so entgegenkommend geäußert hat, wie man es gewünscht hätte. Wenn die Einführung bis ans Kriegsende verschoben wird und wie ein Samollesidewert über uns allen schwebt, sehe ich eine schwere Unruhe in unserem gesamten inneren politischen Leben voraus. Das Ausland klammert sich heute an die Hoffnung auf eine Union mit dem deutschen Volke. (Abg. v. D. Osten: Die Demokratie ist ihre Hoffnung.) Nein, nicht auf den Sieg der Demokratie, sondern darauf, daß letzten Endes doch noch die Republikerrung kommt. (Widerpruch rechts.) Eine Verständigung auf der inneren Front, bei der es weder Sieger noch Besiegte gibt, wäre von bleibender und großer Bedeutung. (Beifall.)

Abg. Hirsch (Soz.):

Eine Verständigung auf Grund des Antrags Lohmann, die Abg. Porisch für möglich hielt, könnte nur erfolgen zwischen den Konservativen, dem rechten Flügel der National-liberalen und dem Zentrum, nicht aber mit denen, die wirklich das gleiche Wahlrecht wollen. Für uns ist der Antrag Lohmann unannehmbar, weil er den Boden des gleichen Wahlrechts verläßt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es kommt für uns nicht darauf an, ob die Linke bei einem gleichen Wahlrecht einige Mandate mehr bekommt als bei einem Pluralwahlrecht, sondern darauf, daß dem Volke vor Augen geführt werden soll, daß es auch wirklich gleichberechtigt im Staate ist. Der Antrag Lohmann bedeutet ein völliges Ausnahmegesetz gegen die Regierung und gegen einen

großen Teil der Kriegsteilnehmer.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Es soll eine Zusatzstimme erhalten, wer 50 Jahre alt ist. Man vergißt dabei, daß in einer großen Reihe gesundheitsgefährlicher Berufe die Arbeiter nur ganz ausnahmsweise diese Alter erreichen. Ebenfalls wird das der Fall sein bei der ungeheuren Zahl von Kriegsteilnehmern, die gesundheitlich geschwächt aus dem Kriege zurückkehren. Sie alle würden die Zusatzstimmen nicht erhalten, und können mit Recht sagen: Das ist der Dank des Vaterlandes! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ferner soll eine Zusatzstimme erhalten, wer seit mehr als 10 Jahren vom vollendeten 25. Lebensjahre an in der Gemeinde, in der er wahlberechtigt ist, seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat. Bei den wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie bei uns liegen, gehört es bekanntlich zur Ausnahme, daß Arbeiter 10 Jahre in derselben Gemeinde wohnen können. Ich erinnere nur an den Fall, daß ein großes Industrieunternehmen gerade seine tätigen Arbeiter vielleicht nach einer Zweiggeellschaft in eine entfernte Gemeinde schickt. Diese Leute würden, obwohl sie bei demselben Unternehmen mehr als 10 Jahre tätig sind, und gerade hervorragend tüchtig sind, die Zusatzstimme nicht erhalten. (Wort! Wort!) Ferner müßten alle zurückkehrenden Krieger, die jetzt in einer Kriegerheimstätte angesiedelt werden, erst

zehn Jahre dort wohnen, ehe sie die Zusatzstimme erhalten können. Wer 10 Jahre seit seinem 25. Lebensjahre Beamter gewesen ist, bekommt die Zusatzstimme ohne weiteres. Der Arbeiter aber, der durch die wirtschaftliche Entwicklung hinausgeworfen wird, kann sie nie bekommen. Ebenfalls den wirklichen Verhältnissen gerecht wird die weitere Bestimmung, wonach derjenige eine Zusatzstimme erhält, der seit mindestens einem Jahre selbständig ist. Das ist ein rein plutokratisches Merkmal, denn um selbständig zu werden, muß man ein gewisses Vermögen haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt, daß der Begriff der Selbständigkeit sehr unbestimmt ist. Der nun „selbständige“ Inhaber eines kleinen Geschäftes, der nebensächlich in der Fabrik arbeitet, als Tagelöhner, soll dann wohl die Zusatzstimme bekommen, aber der Werksführer in derselben Fabrik nicht. Die Anträge der National-liberalen werden für uns im kommenden Wahlkampf eine gute Waffe sein, um die National-liberalen zu bekämpfen. Ich hoffe, daß dieser Wahlkampf bald kommt, denn ich kann mir nicht denken, daß die Regierung sich das Spiel, das jetzt getrieben wird, länger gefallen lassen wird. Wahrscheinlich wird heute gar nichts angenommen, so daß in dieser Beziehung

eine Lücke in dem Gesetz

entsteht. Es erscheint zwecklos, dann nach drei Wochen noch einmal über diesen Torso abzustimmen und für den Fall, daß bis zur vierten Lesung eine Einigung unter den Parteien erzielt ist, dann noch abermals nach drei Wochen eine erneute Abstimmung vorzunehmen zu müssen. Vielmehr sollte die Regierung, wenn heute nichts zustande kommt, den Landtag auflösen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das bisherige Verhalten der Regierung ist für die Freunde des gleichen Wahlrechts nicht gerade ermutigend gemein. Das ganze Volk würde aufatmen und es wie eine Erlösung betrachten, wenn die Regierung für den Fall der nochmaligen Ablehnung des gleichen Wahlrechts den Landtag auflösen würde. (Beif. Zustimmung links.)

Abg. v. Derghen (St.) tritt für ein allgemeines durch gewisse Sicherungen gegen „Ausbreitungen“ geschütztes gleiches Wahlrecht ein.

Abg. Ad. Hoffmann (U. Soz.): Die Kompromißstimmung wird hier immer bedenklicher. Der Unfall ist in Permanenz erklärt. Schließlich wird es noch heißen, das Pluralwahlrecht ist das gleiche Wahlrecht „wie ich es auffasse“ (Heiterkeit) und so wird es der König dann auch aussprechen. Wir rechnen auf die Regierung nicht, sie hat keinen Mut. Darfeln Sie an dem Königswort, solange Sie wollen, unserer republikanischen Auffassung wird das wohlrich seinen Abbruch tun. Sie reifen ein Blatt nach dem andern von dem Kranz der Monarchie herunter, was das Ausland, was die Welt sieht, das läumert Sie nicht; das hat der Diktator bewiesen. Die Wahlrechtsstimmung an der Front werden Sie zeitig genug erfahren, früher als Ihnen lieb ist.

Abg. Graef (L.) wendet sich gegen den Abg. v. Kardorff und behauptet, daß bei Einführung des Mehrstimmrechts für die Rechte ein weitläufigeres Ergebnis herauskomme, als beim gleichen Wahlrecht. Wenn sich das Ausland über die Vorgänge in diesem Hause freut, so liegt die Schuld an der Regierung (lebhaft Zustimmung rechts), die in Widerspruch zur Osterbotschaft die Vorlage noch während des Krieges eingebracht hat. Das Ausland freut sich nicht so sehr über die vorübergehenden Stretigkeiten, sondern über die Aussicht auf die dauernde hemmungslose Demokratisierung unserer inneren Einrichtungen. (Stürmische Zustimmung rechts.) Ein Teil des englischen Kriegsziels ist die Demokratisierung Preußens. (Erneute lebhaft Zustimmung rechts.) Wir wollen nicht dazu die Hand bieten.

Abg. Lucas (natl.): Alle meine Freunde, die in der zweiten Lesung für das gleiche Wahlrecht gestimmt haben, werden nunmehr für den Antrag Kronlohn auf Wiederherstellung des § 3 der Regierungsvorlage stimmen.

Am 1/2 Uhr schließt die Aussprache.

Zunächst wird über den Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage (gleiches Wahlrecht) abgestimmt.

Ein Antrag der U. Soz. auf namentliche Abstimmung findet nicht genügende Unterstützung. (Zuruf des Abg. A. Hoffmann: Das Zentrum meißt! — Der Vizepräsident Dr. Lohmann erklärt diesen Zuruf für unangehörig. — Abg. A. Hoffmann erwidert und wird wegen der Kritik an der Geschäftsordnung des Vizepräsidenten zur Ordnung gerufen.)

Ein konservativer Antrag auf namentliche Abstimmung wird angenommen. (Großes Gelächter der U. Soz.)

Das gleiche Wahlrecht wieder abgelehnt.

Die namentliche Abstimmung ergab die Anwesenheit von 421 Abgeordneten. Davon stimmten mit Nein 236 Abgeordnete, mit Ja 185 Abgeordnete. Das gleiche Wahlrecht ist also auch in dritter Lesung abgelehnt.

Für das gleiche Wahlrecht stimmte die große Mehrheit des Zentrums, die größere Hälfte der National-liberalen, die fortschrittliche Volkspartei, die beiden sozialdemokratischen Gruppen, die Polen und die Dänen. Von den Freikonservativen stimmten dafür die Abgg. Dr. Arendt, Dr. Wagner, Breslau, Dr. Credit, Marburg, sowie der Abg. Kardorff. Ferner stimmten dafür die beiden konservativen Hospitanten Salbaum (Christl.-Soz.) und Geigulat (Linauer).

Der Antrag Lohmann abgelehnt!

Der Antrag Lohmann wird mit 338 gegen 73 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten nur die Minderheit der National-liberalen, einige Freikonservative und einige Zentrumsabgeordnete.

Auch der Ausschlußbeschlusse abgelehnt!

Darauf wurde namentlich über die Ausschlußbeschlüsse, nämlich das Pluralwahlrecht, das fünf Zusatzstimmen vorsieht, abgestimmt.

Die Ausschlußbeschlüsse werden mit 220 gegen 191 Stimmen bei vier Enthaltungen ebenfalls abgelehnt. Dafür stimmten mit den Konservativen die Freikonservativen bis auf die Abgg. Dr. Arendt, Wagner, Credit und Kardorff. Auch einige Zentrumsabgeordnete stimmten dafür. Die National-liberalen stimmten dagegen. Das Abstimmungsresultat wird von der Linken mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Da das gleiche Wahlrecht abgelehnt ist, ebenso wie der Antrag Lohmann auf zwei Zusatzstimmen und die Kommissionsbeschlüsse mit dem Pluralwahlrecht, ist also überhaupt keine Festsetzung über die Art des Wahlrechts getroffen. Es ist also in der Vorlage eine Lücke entstanden.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg gibt hierauf die Erklärung ab, die an der Spitze des Wortes wiedergegeben ist. Unter allgemeiner großer Bewegung wird darauf die Einzelberatung fortgesetzt.

Die weiteren Paragraphen des Wahlgesetzes werden unter allgemeiner großer Anrede angenommen.

Mit § 14 werden die Anträge der fortschrittlichen Volkspartei und ein Zentrumsantrag, der allgemein die Sicherung der Wahlfreiheit fordert, verbunden.

Abg. v. Kries (L.): Die Sicherungsmassnahmen selbst gehören in die Wahlordnung.

Abg. Dr. Lewin (Sp.) spricht sich für den Zentrumsantrag aus. § 14 wird darauf mit dem Zentrumsantrage angenommen.

Die Verhältniswahl.

Die Fortschrittler und die National-liberalen beantragen wieder die Einführung der Verhältniswahl in der Ostmark und in den großen Wahlbezirken.

Ein Antrag Porisch will

die Wahlkreiseinteilung

durch das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit gegen Änderung schützen.

Abg. Dr. Liepmann-Testow (Sp.) spricht gegen diesen Antrag, der die veraltete agrarische Wahlkreiseinteilung verteidigen wolle. Abg. Gerold (Z.) verteidigt den Antrag Porisch und spricht gegen die Verhältniswahl.

Abg. Dr. von Kries (L.) lehnt die Verhältniswahl ab. Abg. Lüdicke (St.): Bisher ist uns nicht nachgewiesen, daß die Verhältniswahl die Fortführung der Ostmarkenpolitik sichert.

Abg. Ränger (natl.): Wir legen den größten Wert auf die Verhältniswahl im Osten.

Der Antrag über die Sicherung der Wahlkreiseinteilung wird angenommen.

Die Proporzanträge der Fortschrittler und National-liberalen für Berlin und eine Anzahl Großstädte werden abgelehnt. Darauf wird über die Einführung des Proporzges in den gemischt-sprachigen Landesteilen namentlich abgestimmt.

Auch die Verhältniswahl für die gemischt-sprachlichen Bezirke wird mit 293 gegen 113 Stimmen abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes über die Wahlen zum Abgeordnetenhause wird angenommen.

Dann werden die letzten Artikel des Verfassungsgesetzes beraten.

Nach Art. 7 entscheidet über die Gültigkeit der Wahlen zum Abgeordnetenhause das Oberverwaltungsgericht. Ein Zentrumsantrag will die bisherigen Zustände bestehen lassen, wonach das Abgeordnetenhaus diese Prüfung der Wahlen selbst vornimmt.

Nach einem konservativen Antrage entscheidet das Oberverwaltungsgericht im Beschlußverfahren. Ist ein Einspruch rechtzeitig erhoben, so können alle Einspruchsberechtigten sich bis zu Entscheidung des Einspruchs anschließen oder Gegenründe geltend machen.

Nach kurzer Erörterung durch die Abgg. Ludwig (natl.), von Kries (L.), Bell (Z.) und Lüdicke (St.) wird der Art. 7 mit dem konservativen Antrag angenommen.

Ein Zentrumsantrag fordert einen neuen Artikel da der folgendenmaßen lautet:

Die Verfassung kann auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung geändert werden, wobei in jeder Kammer eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln bei zwei Abstimmungen, zwischen denen ein Zeitraum von wenigstens drei Tagen liegen muß, erforderlich ist.

Abg. Dr. Ludwig (natl.): Wir lehnen den Zentrumsantrag ab. Der Antrag wird darauf angenommen. Ebenso die letzten Artikel des Verfassungsgesetzes. Darauf werden die drei Verfassungsgesetze in einer Gesamtabstimmung mit großer Mehrheit angenommen.

Dagegen stimmen die fortschrittliche Volkspartei, die beiden sozialdemokratischen Gruppen, die Polen und Dänen sowie einige National-liberale und Freikonservative.

Das Haus vertagt sich.

Dienstag, den 4. Juni, 2 Uhr: Geflügelverwaltung, Anträge.

Schluß: 5 1/2 Uhr.

Die Besitzsteuern im Hauptausschuß.

Am Dienstag wurde die Beratung über die Besitzsteuern fortgesetzt. Die Finanzminister der Einzelstaaten sind zum Teil wieder anwesend.

Lieding (Sp.): Nach den bisherigen Bestimmungen ist ein etwaiges Reichsdefizit im Wege der Umlage durch Matrilinearbeiträge der Einzelstaaten aufzubringen; die letzten Finanzreformen der Friedenszeit haben das überflüssig gemacht, aber da Wiederbetretung dieses Weges scheint ohne eine gründliche Reichsbessteuer unumgänglich. Er müsse dringend davor warnen, aus politischen Gründen, sich gegen direkte Reichsteuern hartnäckig zu sträuben; die schlimmen Wirkungen auf die Volksmassen könnten nicht ausbleiben. Die Erbschaftsteueranträge können der Regierung als Material überwiesen werden.

Bayerischer Finanzminister v. Brenniß: Vor wenigen Tagen habe ich noch im bayerischen Finanzministerium dargelegt, daß da Reich gewisse Besitzsteuern im Wege der Umlage sehr wohl erheben dürfe, und daß darüber eine Einigung stets möglich sei. Direkte Reichsteuern im engeren Sinne aber sind für die Bundesstaaten undisputabel. Das Reich wird fortschreiten müssen auf dem Wege der Ausbarmung und direkte Steuernquellen. Die sozialdemokratische Theorie, von der Belastung der Massen durch die Konsumsteuern ist durch die Entwicklung überholt, weil die Massen heute instand sind, sie auf die Befähigung abzuwälzen. (Lachen bei den Soz.) Der Krieg hat gezeigt, daß viel größere Lasten getragen werden können, als man früher für möglich gehalten hat. Es muß allerdings mit Absehen erfüllt werden in dieser Zeit Luxus und Verschwendung getrieben werden, doch durch Vorlagen wie die über die Besitzsteuer kann solchen Erscheinungen nicht entgegen gewirkt werden.

Brenniß (U. Soz.): Die Darlegungen des Herrn v. Brenniß sind in keinem Punkte überzeugend; das ganze System ist irrationell. Der gemeinsame Antrag Großer geht uns nicht weit genug, wir müssen schärfer zufassen und wir haben darum einen weitergehenden Antrag gestellt.

Sächsischer Finanzminister v. Zehden: Das vorgelegte Steuerbulleten der Regierung steht keineswegs so ausschließlich auf den Papier, wie es hier behauptet wurde. Die direkten Steuern sind in Deutschland mehr herangezogen als die indirekten Steuern. Von einer Notlage des Reiches kann schon deshalb keine Rede sein, weil nach immer auf eine Kriegseinstellung zu rechnen sei. Dem Reiche direkte Steuerquellen zu überlassen, könnte zu einer Katastrophe führen. Sachsen ist genötigt, seine direkte Steuern von 87 auf 160 Millionen zu erhöhen. Sachsen ist deshalb gegen die vorgeschlagenen Besitzsteuern. Wenn man erst den Anfang mit einer Reichseinkommensteuer macht, dann gibt es auf diese Bahn kein Halten mehr.

Abg. Graf Bethary (L.): Wir müssen verlangen, daß eine Kriegseinstellung bekommen, erst dann wird der Bedarf des Reiches zu überdecken sein. Zur Deckung wird jeglicher Bedarfs reichen die von der Regierung vorgeschlagenen Steuern, völlig aus. Auch die Konservativen sind gewillt, dem Reiche die Möglichkeit zu geben, den Krieg zu erfassen, was sich zunächst aber nicht auf das Einkommen und auf das Vermögen erstrecken darf. Die Einkommensteuer muß den Einzelstaaten erhalten bleiben, ebenso die Versteuerung des Vermögens. Die vorgeschlagene Abänderung der Erbschaftsteuer ist unannehmbar. Dagegen kann man einen Ausbau der Kriegsteuer vorschlagen, wenn die Landwirtschaft entsprechend geschont wird. Auch mit einer steuerlichen Erhöhung des Mehrertrages würde sich die Konservativen abfinden, das aber sei das äußerste Zugeständnis, das die Konservativen machen könnten. Dr. Hinwe auf die hohen direkten Steuern in England kann für uns nicht maßgebend sein, denn wir hoffen, besser aus dem Krieg herauszugehen als wie England.

Damit schließt die Aussprache. Über die vorgeschlagenen neuen Steuern findet noch eine vertrauliche Erörterung statt. Die Beratungen werden bis dahin ausgesetzt.

Der Ausschuss befaßt sich dann mit einem Antrag des Zentrums, den Abg. Gröber begründete, einen Steuergerichtshof für das Deutsche Reich zu schaffen.

Staatssekretär Graf v. Helldorf erklärt sich mit der Tendenz des Antrags einverstanden, doch könne er nur für seine Person sprechen. Nach kurzer Debatte wird der Antrag einstimmig angenommen.

Widerspruch gegen die Kriegsabgaben.

Die vertraulichen Verhandlungen am Nachmittag hatten nicht den gewünschten Erfolg. Als der Ausschuss abends um 7 Uhr wieder zusammentrat, teilte Abg. Gröber mit, daß der Reichsausschuss Finanzminister Kullang gefanden habe. Dagegen waren die Bedenken gegen die Vermögenssteuer und gegen die einmalige Besteuerung des Einkommens nicht zu überwinden. Der Staatssekretär habe darauf hingewiesen, daß man aus der Besteuerung der Mehreinkommen, wenn man kräftig aufsetze, 1200 Millionen Mark herausziehen könne, und damit sei der finanzielle Bedarf befriedigt. Der Staatssekretär soll nunmehr statistisches Material vorlegen, aus welchem sich ersehen läßt, ob seine Angaben zutreffend sind. Die Abstimmung über alle Anträge wurde ausgesetzt.

Abg. W. Karp brachte dann nach einem Antrag ein, der den Reichsausschuss ersucht, schon jetzt einen Gesetzentwurf über eine Besteuerung der Kriegsgewinne der natürlichen Personen vorzulegen, dabei aber wächtige Erfordernisse zu schonen und für die anteilige Bedienung eines weiteren Bedarfs durch erhöhte Leistungen der Einzelstaaten in Erwägung zu ziehen.

Der Ausschuss verlagte sich schon bis zum 5. Juni.

Fortsetzung der Justizdebatte im Reichstag.

Dienstag, den 14. Juni 1918, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratssitz: von Krause.

Das Haus erledigt zunächst einige

Anfragen.

Abg. Gebhart (L.) beschwert sich über die Zwangsmaßnahmen gegen Kandidaten zur Ableistung von Führerlehre; es sei sogar Soldaten der Reserve verweigert worden, wenn ihre Angehörigen nicht genügend Eier abgeliert hätten. Die getroffenen Zwangsmaßnahmen entbehren der gesetzlichen Unterlage.

Unterstaatssekretär Dr. Müller: Zwangsmaßnahmen zur Erleichterung der Eier sind zulässig und rechtmäßig. Eine Zwangslieferung von Eiern vorzuschreiben, ist nach den gemachten Erfahrungen notwendig. Von einer Verkaufsverweigerung aus dem genannten Grunde ist weder dem Reichsausschuss noch dem Kriegsminister etwas bekannt.

Abg. Dr. Selzer (B.) wünscht, daß die Militärabteilung erst nach dem Ende der Sewitzeit abgenommen werden und daß die Militärverwaltung für Ersatz Sorge.

Hauptmann v. Kraft: Kupferne Militärabteilung werden erst abgenommen, wenn das eiserne Ersatzmaterial vollständig zur Stelle ist.

Hierauf wird die Beratung des

Sitz des Reichsjustizverwaltung

fortgesetzt.

Abg. Dr. Meyer (B.) begründet eine Resolution, die einen Gesetzentwurf fordert, durch den eine soziale Organisation der Berufsstände in der Rechtsanwaltschaft geschaffen wird.

Abg. Behrens (D. Fr.) wünscht die Möglichkeit, kurzfristige Freiheitsstrafen in Geldstrafen umzuwandeln und wendet sich gegen die vielen Strafandrohungen in den Kriegsverordnungen. Man sollte sich mehr mit Warnungen begnügen.

Abg. Heusch (L. S.): In Bezug auf die steigende Kriminalität der Jugendlichen darf man nicht vom Strafrecht erwarten, wir brauchen ein neues Jugendrecht. Vor allem muß man, was der Kriminalität zu begegnen, den Kampf gegen den Krieg führen, der alle Kulturträger und alle Sittlichkeit zerstört. (Beifall b. d. L. S.) Unter dem gesetzlichen Belagerungszustand werden die Belagerungen der unabhängigen Sozialdemokraten zu landesverräterischen gestempelt, die Verurteilungen, die getragen sind von der glühendsten Vaterlandsliebe, von der Liebe zum Vaterland der großen Massen, von der Liebe zu allen Kulturidealen. (Beifall b. d. L. S.) Die unabhängige Sozialdemokratie wird außerhalb des Rechts stehend erklärt, das beweist das Vorgehen gegen Frau Zieg. Das Reichsgericht spricht Recht nach diesem Gesetz des früheren Reichsanwalters Michaelis. So hat es auch die Frau Ziegler des Jugendbildungsvereins Dresden wegen Landesverrats zu Zuchthausstrafen verurteilt. Durch diese Art der Massenjustiz tut das Reichsgericht alles, um die Macht der Militärjustiz zu stärken. (Beifall bei der L. S.) — Stürmische Unterbrechungen und Zurufe! — Ruf des der Mehrheit. — Der Vizepräsident Dr. Baasche ruft den Abg. Bergfeld zur Ordnung.

Staatssekretär v. Krause: Aufs entschiedenste Weise ist diese Art der Kraft an der Rechtsprechung des Reichsgerichts zurück. (Beifall bei der Mehrheit.) Das Reichsgericht hat noch nie Anlaß dazu gegeben, daß man ihm nachsagt, daß es gegen seine Auffassung von Recht entschieden hat. Daß die Unabhängigen Sozialisten nicht jenseits des Rechts stehen, beweist gerade der Fall Zieg, denn in diesem Fall hat das Reichsgericht entschieden, daß die ermittelten Tatsachen nicht ausreichen, um eine Verurteilung zu rechtfertigen und hat die Frau außer Verfolgung gesetzt.

Abg. Landberg (Soz.): Mit der Absage des Staatssekretärs gegen bürokratische Engbergigkeit vertritt es sich nicht, daß zum Besten der Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. gegen unseren Parteifreund Wendel Anklage im öffentlichen Interesse wegen Verleumdung eines Oberreichers erhoben hat, dessen Buch über Reichsminister Wendel in einer österreichischen Zeitung besprochen hat. Die Staatsanwaltschaft in Frankfurt hat es so eilig, daß sie nicht einmal vom Reichstag die Ermächtigung zur Strafverfolgung nachsuchte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Eifer, der sich dort äußerte, könnte sich besser an der

Front ausleben. Zum mindesten scheint einer der Herren dort überflüssig und geeignet für ein anderes Tätigkeitsfeld. — Die Verurteilung, daß derjenige, der

mehr als den Höchstpreis

achst, grundsätzlich straflos sein soll, begründen wir mit Genugtuung. Es wäre auch ein Skandal, wenn z. B. der Kaufmann Oberbürgermeister dafür, daß er die unzureichende Erfassung der Lebensmittel seitens der Behörden durch höhere Preise auszugleichen suchte, bestraft würde. Unter den vom Reichsgericht Verurteilten sind viele, die bei der Sache der Menschheit zu dienen glaubten. Da hätte der Reichsgericht wohl von Zukunftswohl zu einer Amnestie in weitem Umfange Veranlassung geben sollen. (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Gohn-Nordhausen (L. Soz.): Vor hundert Jahren fandte man Turner, die für ein deutsches Vaterland schwärmten, auf die Festung, heute schickt man Leute für die Verbreitung von Flugblättern, die sich mit den Mitteln zur Herbeiführung des Friedens beschäftigen, ins Zuchthaus. Weil eine Arbeiterin gegen das Gebäude der A. G. die Hand erhoben hatte, wurde sie zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Jugendliche Personen sind selbst nach der Aufhebung der außerordentlichen Kriegsgerichte noch Wochen lang in Haft gehalten, ohne dem Richter vorgeführt zu werden. Das zeigt die Verlogenheit aller Rechtsbegriffe, die bei den Behörden eingetrieben ist. In Groß-Strasburg sitzen auch sechs oder sieben der besten Männer von Belgien. Ich wünsche unserm Lande sowie mutige und aufrechte Männer, wie in Groß-Strasburg aus Belgien und auch aus Deutschland sitzen, dann werden wir aus dem Krieg in den Frieden, aus der Lüge zur Wahrheit kommen. (Unterbrechung und Zurufe.)

Will der Herr Staatssekretär nicht anordnen, daß in Zukunft bei Todesurteilen die Angehörigen Mitteilung erhalten? (Vizepräsident Baasche: Sie wissen ganz genau, daß das nicht zur Zuständigkeit des Reichsjustizministeriums gehört; ich bitte auch nicht weiter von Massenjustiz zu sprechen.) Ich spreche hier zum Reichsjustizministerium. Vizepräsident Dr. Baasche: Darüber entscheide ich, und ich bitte Sie, jetzt zum Titel Staatssekretär des Reichsjustizministeriums zurückzugehen. (Abg. Gohn verläßt in derselben Weise weiterzusprechen. Vizepräsident Baasche unterbricht und schwingt andauernd die Glocke. Zurufe b. d. L. S. Soz.: Das lassen wir uns nicht gefallen!)

Vizepräsident Dr. Baasche: Ich habe Sie darauf aufmerksam gemacht, daß ich nicht dulden kann, daß Sie von Massenjustiz sprechen. (Raute Unterbrechungen b. d. L. S. — Glocke des Vizepräsidenten.)

Abg. Dr. Gohn (fortsetzend): Das ist ein sachlicher Eingriff in die Debatte, der Ihnen nicht zusteht.

Vizepräsident Dr. Baasche: Wegen dieser Kritik an meiner Geschäftsführung rufe ich Sie zur Ordnung und werde im Wiederholungsfall das Haus fragen, ob es Sie weiter hören will. (Zurufe b. d. L. S. Soz.: Ein liberaler Präsident.) Es gibt keinen liberalen Präsidenten, sondern nur einen unparteilichen.

Abg. Gohn (fortsetzend): Jetzt erleben wir im vierten Kriegsjahr, daß die Massenjustiz auch unter dem Schutz des Reichstagspräsidenten steht. Deshalb ist es das Beste, zu schließen.

Vizepräsident Baasche ruft den Redner nochmals zur Ordnung. Die Debatte schließt. Die Resolution des Zentrums wird zurückerzogen und in etwas allgemeinerer Form angenommen. Der Justizetat wird bewilligt.

Der Kolonialetat.

Die Abg. Dr. Deckler (Sp.) und Stubmann (natl.) wünschen, daß der Staatssekretär Solf bald wieder seines Amtes walten würde. Beide haben die Bedeutung der Kolonien für die deutsche Zukunft hervor.

Abg. v. Böhlenhoff (L.) feiert den General v. Lettow, glaubt, daß in der Kolonialpolitik nunmehr alle Parteien einig seien und die politischen Gegensätze aus diesem Kapitel verschwunden wären, und erklärt zum Schluß eine wirkliche deutsche Kolonialpolitik ohne den Besitz der Handelsrouten für unmöglich.

Abg. Dr. Arndt (D. Fr.) begrüßt als einer der ältesten deutschen Kolonialpolitiker die Ueberreinstimmung des Reichstags in Kolonialfragen.

Abg. Henke (L. S.): Wir machen alle diese Phantasien nicht mit. (Vizepräsident Baasche rügt den Ausdruck. — Unruhe bei den L. S.) Wir lehnen die kapitalistische Kolonialpolitik grundsätzlich ab und sehen in den kolonialen Plänen die eigentliche Ursache und den Zweck des Krieges. Hinter uns steht das Volk. (Rufe: Zwischau. — Gelächter.) Leider findet die Kolonialpolitik auch die Unterstützung eines Teils der Sozialdemokraten, die ins Nachhinein des Imperialismus geraten sind. (Zustimmung bei den L. S.)

Abg. Kasse (Soz.): Bei der vorgerückten Stunde lasse ich mich auf eine Debatte über Ursachen und Kriegsziele nicht ein. Die Bemerkung des Abg. v. Böhlenhoff über die belgische Küste gehörte wirklich nicht zur Sozialpolitik. Ich begnüge mich damit, erneut festzustellen, daß auch nach Auffassung der sozialdemokratischen Partei, hinter der die Masse der deutschen Arbeiter, wie der gestrige Tag wieder beweisen hat, unerschütterlich steht (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), unsere Gegner mit der Wiederherstellung des deutschen Kolonialbesitzes zu rechnen haben. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte.

Abg. Lebeaux (L. S.) beantragt, morgen eine Sitzung mit der Tagesordnung „Der Ostfrieden“ abzuhalten. Eine Vertagungspolitik sei nicht länger am Platze, die Vorgänge in der Ukraine, in Finnland, Estland usw. müßten besprochen werden.

Vizepräsident Dr. Baasche: Eine solche Erörterung ist morgen schon aus dem Grunde unmöglich, weil Staatssekretär v. Kuhlmann im Hauptquartier ist.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der L. S. abgelehnt. Nächste Sitzung: Dienstag, den 4. Juni, 2 Uhr. Kleine Anfragen, Belagerungszustand, Reichsamt des Innern. Schluß: 7 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Die Tätigkeit der Generalkommission

wird in dem dem Verbandsvorständen unterbreiteten, 46 Druckseiten umfassenden Bericht für das Jahr 1917 beleuchtet, von dem das „Korrespondenzblatt“ einen Auszug gibt. Diejenigen, die sich bisher ihr Urteil durch eine satism bekannte Methode der Beschäftigung und Diskreditierung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nicht trüben ließen — und das ist glücklicherweise die erfindende Mehrheit der Arbeiterschaft — werden bei der Durchsicht dessen, was diese Körperlichkeit getan und zu tun versucht hat, nur darin bestätigt, daß die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen in guten Händen liegt. Die Anerkennung für diese im Interesse der gesamten Arbeiterschaft liegenden Tätigkeit kommt wesentlich zum Ausdruck in dem erneuten Mitgliederanstieg der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1917. Dieser Anstieg war nicht mehr und nicht weniger als die Erkenntnis der Nichtorganisierten, die in den Gewerkschaften die Vertreter ihrer Interessen erblickten und zwar auf Grund des sichtbaren Erfolges der von diesen betriebenen Politik.

Die Tatsache, daß die führenden Männer der Gewerkschaften von Anfang des Krieges planmäßig und energisch sich der Interessen der werkschaftlichen Schichten annahmen und ein Zusammenwirken mit den Zentralstellen der anderen Gewerkschaftsgruppen auf den werkschaftlichen Gebieten weitestgehend erzielten, konnte auf die Dauer auch in dieser trostlosen Kriegszeit nicht unbeachtet bleiben. Dieser Gedanke drängt sich dem unbefangenen Beurteiler unwillkürlich auf, wenn er in zusammengefaßter Form von dem Wirken der Generalkommission im abgelaufenen Jahre Kenntnis erhält.

Ihre Bemühungen um die Handhabung und im Interesse der werkschaftlichen Schichten liegende Durchführung des Hilfsdienstgesetzes, der Schlichtungsansprüche, das Eingreifen der Generalkommission in zahlreichen Fragen wirtschaftspolitischer Natur, sowie die Versuche auf Herbeiführung einer Verständigung unter den Gewerkschaften aller Länder über die werkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrage sind Handlungen im Sinne und Geiste echter Arbeiterpolitik.

Wortworte wurden gegen die Generalkommission aus vereinzelten Organisationen erhoben, daß sie sich dem Volksbund für Freiheit und Vaterland angeschlossen habe. Demgegenüber verweist sie darauf hin, daß die Vereinigung aller Kräfte, die eine Verständigung mit den anderen Völkern und den Ausbau des Staates auf der Grundlage des Rechts wollen, notwendig ist. Eine solche Vereinigung sei schon um deswillen erforderlich, weil in der sogenannten Vaterlandspartei der Mittelpunkt der kriegsverlängernden Strömung zu erblicken sei. Der Gewalt nach außen solle auch die Gewaltanwendung im Innern folgen.

Mit aller Klarheit und Entschiedenheit wendet sich die Generalkommission gegen diejenigen Kreise aus der Arbeiterschaft, die den Versuch machen, die Gewerkschaften zu einer von den gegebenen wirtschaftlichen Machtverhältnissen unabhängigen Politik zu drängen. Zu einer Sprengung der Gewerkschaften wurde es trotz aller Herabwürdigungen und Verleumdungen der leitenden Kräfte der Gewerkschaften auch in der letzten Phase des Krieges nicht kommen. Am wenigsten nach Kriegsende, wenn die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenklusses den Arbeitern und Arbeiterinnen von dem während des Krieges zu gewaltiger Machtstellung gelangten Unternehmerorganisationen eingepaukt werde.

Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer im Gastwirtsgewerbe. Der Vorsitzende des Verbandes der Hotelbesitzervereine Deutschlands bittet und mitzuteilen, daß der Verband der Hotelbesitzervereine bei der Besprechung über die Aufstellung von Richtlinien für die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer nicht vertreten war. In der uns von der Arbeitsgemeinschaft der gastwirtschaftlichen Einzelbetriebe gemachten Mitteilung, die wie in der Nummer des „Vorwärts“ vom 8. Mai veröffentlicht, war der Verband der Hotelbesitzervereine als an den vereinbarten Richtlinien beteiligt angegeben.

Parteinachrichten.

Eingestelltes Verfahren.

Die „Leipziger Volkszeitung“ meldete, daß das gegen Frau Zieg schwebende Verfahren wegen verächtlichen Landverrats eingestellt worden ist. Frau Zieg war auf Grund eines Haftbefehls vom 10. Oktober 1917 verhaftet und erst im Oktober und dann im November Gefängnis festgehalten worden. Kur mit Rücksicht auf es, Frau Zieg um ihres leidenden Zustandes willen gegen eine hohe Kaution auf freien Fuß zu setzen. Die Justizaktion erfolgte im Zusammenhang mit den bekannten Vorgängen bei der Marine.

Politische Verhaftungen in Köln. In den jüngsten Wochen sind in Köln mehrere Mitglieder der U. S. V. verhaftet worden. Ferner haben Hausdurchsuchungen stattgefunden. Einem der Verhafteten, einem siebzehnjährigen jungen Arbeiter, der sich bis vor kurzem in der neuen Jugendbewegung betätigt hat, werden „landesverräterische Umtriebe“ zur Last gelegt.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Neue Photographische Gesellschaft A.-G. in Berlin-Steagitz war 1917 durchweg gut beschäftigt; die Nachfrage nach ihren Erzeugnissen war ununterbrochen lebhaft und der Umsatz erlief eine weitere Steigerung. Es ergibt sich für das Geschäftsjahr ein Bruttogewinn von 311.876 M. (i. V. 191.810 M.). Nach Vornahme der Abschreibungen in Höhe von 104.294 M. (90.870 M.) verbleibt ein Reingewinn von 207.612 M. (20.430 M.), um den sich der Verlustvortrag aus 1916 von 694.909 M. auf 487.297 M. ermäßigt.

Die Julius Birtsch A.-G. in Berlin schlägt die Ausschüttung von 14 Proz. Dividende (i. V. 10 Proz.) aus einem Reingewinn von 2.681.364 M. (i. V. 1.988.341 M.) vor.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den größten Teil des Inhalts: Alfred Schatz, Berlin; für den übrigen: Theodor Grottel, Berlin. Verlag: Hermann-Schubert-Verlag, Berlin. Druck: Hermann-Schubert-Verlag, Berlin. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Unter den Eichen 2. Druck: I. Schöner und Verlagsanstalt.

Nähmaschinen

gebraucht, Angel sowie in Posten zu höchsten Preisen zu kaufen. Schriftl. Angebote unter V. 1170 an
Hausenstein & Vogler, Berlin.

ZÄHNE

mit echtem Friedens-Kautschuk. von 3 M. an.
Spezialität:
Zähne ohne Gaumenplatte. Vollgoldkronen v. 20 M. an!
Keine Luxuspreise! Umarmte, schlechtsitzende Gebisse. Reparaturen sofort. Persönliche fachmännische Munduntersuchung und Rat gratis. — 20 jährige Fachtätigkeit!
Sprechstunden: 10—1 und 3—7 Uhr, Sonntags 10—12.
Zahn-Praxis Klömpen
Nur Lindenstr. 95 zwischen Markthalle und Jordan.

Cigarren I. großer Auswahl

F. Ernst Dorch, Berlin, Elisenstr. 21.
Alkoholfrei, Getränke
Franz Abraham
Bismarckstr. 54, Fernsp. Kgl. 12708
Bandagen, Gummiv.
R. Baake, Stralauer Str. 55.
A. E. Lange, Brunnenstr. 154
Bäcker- u. Konditoreien
Otto Wolff, Treptow, Krüllstr. 14
Bierbrennerei, Bierbrennerei
Brauerei Bützow
empfehlenswerte
Qualitätsbiere
ersten Ranges
Kurt, Weid. Wolow, Trogotze, Hermann Meyer, Schillergasse 21.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erachein 2 mal wöchentlich. Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.
Bitter, Flor, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen
Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte
Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43
August Holz
15 Detail-Geschäfte.
Bade-Anstalten
Naukalla
Anzengruberstr. 2.
Koppenstr. 83
sämtliche Bäder.
Central-Bad
Diana-Bad
Passage-Bad
Reform-Bad, Wiener Str. 64.

Münchener Brauhaus

Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
Weissbier, C. Breithaupt,
Pallasenstr. 97 Tel. Kgl. 2931.2932
Essigfabriken
Timmer-Essig
Eherl erhältlich!
Nähmaschinen
Bellmann, E., Nähmaschinen
Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Meierei C. Bolle

A.-G.
Berlin N. W. 21 Alt Moabit
Altoster und größter
Milchverarbeitungs-
werk
Grossbetrieb
Produktion
M. Albrecht
nach Giebelhalsstr. 1
Lithon u. Schwanen
Lohmann, Alb., Frankl, Ansg.
4 Weina, Lindere, Frankfurt
Lago Soling
60 Plätzen in allen Stadtteilen.
Kern, Meyer & Co., AG.
No. 5597 Parkenstell. G.-Berl.

Flisch- u. Wurstw.

Otto Kugel, Altona, Jägerstr. 22.
Herrn- u. Knabengard.
J. Baer
Ludwigstr. 24, Ecke
Prinzen-Allee.
Eisen, Stahl, Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 21.
Kühnlein, P. Nöckerstr. 40b, S. Seest.
Käse, Mäzen, Polswaren
Kottbusser-
Damm 1419
Manhandlungen
Bethke, Georg,
Kasseler, Straße 41-
Str. 44, Weinstr. 139, Friedrichstr. 23
Froster, Gell.-Str. 14.
Gaege, Otto
Charlotten-
burg,
Wrangelstr. 79
F. W. Sichter
Ecke Currystr.
Optiker, Hochmeister
Schubert, Carl, Nolln. Dergstr. 149